

Klassenkampf



Wo sind Sie geblieben?

Opportunismus und Rechtsruck der Linken

Das große Schweigen zu Martin Walser



★ Rot/Grün beschleunigt Kürzungen ★ Die Rot/Grünen Steuertricks ★ Atomkraft - nein danke. Aber Atombomben?

Außerdem: Pinochet ★ Kein Blut für Öl! US-Angriff auf Irak

★ Indonesien: 'Reformasi' am Ende? ★ PKK am Ende?

★ Philosophie: Wie funktioniert Geschichte? ★ Rosa Luxemburg ★ Black Panther



Editorial

Für Menschen, die sich nicht für Politik zu interessieren scheinen, wird der Marxismus immer absurder. Niemand mehr gibt einen Pfifferling für die Ideen des Sozialismus. Eine riesige Absetzbewegung hat eingesetzt.

Den vorläufigen Höhepunkt dieses Verrats "linker" Ideen setzte der Schriftsteller und Ex-DKP'ler Martin Walser. Otto Schily, ehemaliger Anhänger sozialistischer Ideen und RAF-Anwalt, erklärt als Innenminister, daß das Boot voll wäre. Überhaupt zeigt er sich reaktionärer als sein reaktionärer Vorgänger Kanther. Journalisten antwortet er auf die Frage nach dem ausgewiesenen Türkenjunge Mehmet, das könne die Öffentlichkeit nicht beurteilen und nur "Fachleute" diskutieren sollen.

Die ganze Regierung ist mit Riesenschritten nach Rechts marschiert. Das SPD-Kabinett Schröder schafft in kürzester Zeit mit seiner Mehrwert-, Öl- und Benzinsteuerverhöhung in 100 Tagen eine Umverteilung von unten nach oben, die die CDU-Regierung Kohl nicht in 16 Jahren geschafft hatte.

Und es scheint in Deutschland so gut wie kein Gegenwehrpotential mehr zu geben. Der internationale und historische Anteil des 'Klassenkampfes' wird immer breiter. Die Ex-"Linke" verschwindet immer mehr nach rechts. Demos kann man mit der Lupe suchen. Die Streiktage sind schon fast so niedrig wie in Diktaturen à la China.

Nur, wenn man diesen Tatbestand auch dialektisch sieht, schafft er auch am meisten Hoffnung. **»Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten«**, heißt es bei Ton, Steine, Scherben.

Das Verschwinden der ehemaligen stalinistischen und sonstigen volkstümlerischen Linken schafft auch die Möglichkeit, daß neue erwachende Arbeitergenerationen nicht von diesem Schwachsinn abgelenkt werden und gleich zu dem authentischen Marxismus von unten finden können.

Die IS baut diese Alternative auf und braucht, wenn wir Marxisten statt der Verteilungs"sozialisten" die Arbeiter ansprechen wollen dazu auch Deine Mitarbeit.

INHALT

2 Editorial ★ Inhalt ★ Kontaktadressen

3 Notizen des Monats

Schily schiebt ab

Spaltung der Front National

Erderwärmung »steigt dramatisch«

Pinochet

4 Kein Blut für Öl!

US-Angriff auf Irak

Titelthema

6 Wo sind sie geblieben?

Die Linke geht nach rechts.

8 Martin Walser und das Schweigen der Linken

Unterschriftenaktion: Solidarität mit den jüdischen Bürgern!

Thema: Rot/Grün ★ Die neue Regierung

9 Rot/Grün beschleunigt Kürzungen

10 Die Rot/Grünen Steuertricks

12 Atomkraft - nein danke. Aber Atombomben ...?

Das Atomprogram der neuen Regierung (Fortsetzung von Rückseite)

International

14 Indonesien: 'Reformasi' am Ende?

16 Der nächste Schritt der Revolution

John Rees berichtet aus Jakarta

17 PKK am Ende?

Theorie und Geschichte

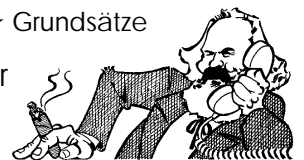
18 Philosophie: Wie funktioniert Geschichte?

22 Rosa Luxemburg: Revolutionärin in Theorie und Praxis

24 Wer waren die Black Panther wirklich?

27 Ortsgruppen ★ Termine ★ Veranstaltungen ★ Grundsätze

28 Rückseite: Atomkraft nein danke. Aber Atombomben?



Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes
und Kontakt:
Norbert Nelte Xantener Str. 3b, 50733 K In
Tel.: 0221/760 41 00
Einzelpreis: DM 2,
Abo-Preis: DM 20,
(6 Ausgaben im Jahr)
Kontonummer:
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30
Kto. Nr. 140993 - 301

Kontakt über Ortsgruppen:
Aachen: Beate · 02 41 / 99 76 776
Bonn: Gaby · 02 28 / 47 54 16
Düsseldorf: Aky · 02 11 / 29 26 465
Essen: Karsten · 02 01 / 64 61 555
Hamm: Lynn · 0 23 85 / 20 01
Köln: Francis · 02 21 / 51 01 796
Wuppertal: Britta und Bernd · 0202 / 26 22 524
Lübeck über Köln

email: klassenkampf@netcologne.de
Homepage: www.netcologne.de/~nc-byrne/fr/

Schily schiebt Togoer in Folter und drohenden Tod ab

Auch für hunderte Asylbewerber aus dem afrikanischen Togo ist die neue rot-grüne Regierung kein gutes Zeichen, eher ein Todesurteil. Ihre Asylansprüche werden abgelehnt, und sie werden in barbarische Verhältnisse zurück nach

Togo abgeschoben.

Trotz Warnungen des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) und Amnesty International (ai) wurden am 30. November 1998 26 Togonesen abgeschoben. Das UNHCR spricht von einer »äußerst gespannten und besorgniserregenden« Lage und berichtet von Morden und Mißhandlungen von Oppositionellen. Nach einem manipulierten Wahlsieg, so UNCHR, wird brutal gegen Oppositionsparteien und deren Anhänger vorgegangen, um die Macht der Herrschenden zu sichern. Büros und Privathäuser werden bei Übergriffen zerstört. Besonders Rückkehrer, die im Exil öffentlich Kritik an den Wahlen oder

an der Regierung geäußert haben, sind bedroht.

Schon vorher berichtete ai von Abgeschobenen, die sofort nach ihrer Rückkehr verhaftet wurden. Der Verbleib und die Verfassung der Menschen, die Ende November von deutschen Behörden nach Togo verschleppt wurden, ist ungeklärt.

Der neue, einst linke Innenminister Otto Schily beeilt sich, seine Hände in nur wenigen Wochen genauso tief in Blut zu tauchen, wie sein rechter, als Hardliner bekannter Vorgänger Kanther.

Spaltung der französischen Front National Gut oder schlecht für die Linke?

Ein Machtkampf zwischen Jean-Marie Le Pen und seiner langjährigen rechten Hand Bruno Mégret wird die französische Nazi-Partei Front National spalten. Die Nazi-Bande, die jährlich mit 14 Millionen DM (41 Mio. Franc) vom französischen Staat unterstützt wird, stellte zuletzt einige regionale Bürgermeister und Europa-abgeordnete.

Nach gegenseitigen Vorwürfen über Finanzbetrügereien, gegenseitigen Hausverboten, Ausschlüssen und Redeverboten hat Mégret angekündigt, am 24.1.1999 auf einem "außerordentlichen Parteitag" eine neue Partei zu gründen.

Zwar hat Mégret die Mehrheit der führenden Nazis hinter sich, doch hat Le Pen sich den Namen der Partei vorsorglich juristisch sichern lassen.

Oberflächlich betrachtet könnte es scheinen, als ob eine Spaltung der Nazis positiv für die Linke wäre. Tatsächlich werden zwei Parteien aber ein größeres Wähler- und Mitgliederpotential an sich binden können. Mégret, der Führer des "realen" Flügels der Partei strebt an, »eine Offensive zur Eroberung der Regierungsmacht zu eröffnen«. Viele Franzosen hatten aber noch Hemmungen, eine Partei zu wählen, die Stiefelnazis bei sich duldet und die offen gewalttätig auftritt. Mégrets neue Partei wird sich bürgerlicher geben.

Das härte Klientel wird nun von Le Pens Partei versorgt, der die offenen Nazis nun noch stärker ansprechen kann. Diese hatten vorher Bedenken, mit Mégret und seinen "bürgerlichen Realos" zusammenzuarbeiten. Durch diese Arbeits-

teilung droht ein schnelleres Wachstum der Nazis. Daß sich getrennte Parteien und deren Führer schnell wieder einig werden können, sehen wir am Beispiel von Deutschland.

Diese Arbeitsteilung besteht nämlich auch in der BRD. Es gibt eine Partei für die offenen Stiefelnazis (NPD), eine für die Krawattennazis (DVU) und eine für die noch Unentschlossenen (REP). Daß jahrelange persönliche Streitigkeiten bei dem Nazipack im Nu überwunden können, sahen wir erst kürzlich, als Schönhuber (Ex-REP) sich plötzlich mit seinem langjährigen Feind Frey (DVU) vertrat und sogar Spitzenkandidat in dessen Partei wurde. Ein anderes Beispiel für die Zusammenarbeit der Nazis ist Manfred Röder, der lange als Terrorist von der NPD geschnitten wurde und in den vergangenen Wahlen als ihr Spitzenkandidat aufgestellt worden war.

Es gilt, hellwach zu sein und zu versuchen, die kämpferische Bewegung in Frankreich auch gegen die Nazis zu mobilisieren.

Egal wo und in welchem Gewande sie auftreten, es gilt ihre öffentlichen Kundgebungen mit so viel Leuten wie möglich zu stören und wenn möglich zu verhindern.

Welch großen Erfolg die Einheitsfrontpolitik gegen die Nazis hat, wurde zuletzt bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern bewiesen. Nach dem großen Straßenfest von verschiedensten Gruppen vor dem schon einmal überfallenen Sonnenblumenhaus in Rostock, konnte ein Aufmarsch und somit ein weiteres Voranschreiten der Nazis bei den Wahlen verhindert werden.

Erderwärmung »steigt dramatisch«

Rio, Berlin, Kyoto, Buenos Aires: Die internationalen Klimakonferenzen kommen und gehen. Veränderungen bringen sie nicht. Es wird gefeilscht, um handelbare Abgaskonten gerungen, gelogen, versprochen, gebrochen und betrogen.

Derweil beobachten Klima- und Wetterforscher ein stetiges Anwachsen der Erdtemperatur.

Die Welt-Wetterorganisation (WMO) teilte am 18.12.1998 in Genf mit, daß die globale Erwärmung 1998 dramatisch gestiegen ist.

»1998 war das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturmessungen 1860.« (Frankfurter Rundschau', 19.12.1998) Die Rekorderwärmung des Jahres 1997 wurde dieses Jahr noch übertroffen.

»1998 war das 20. Jahr in Folge, in dem höhere Temperaturen als durchschnittlich gemessen wurden.« Die zehn wärmsten Jahre seit Beginn der Messungen lagen alle nach 1983.

In den nächsten 100 Jahren droht der Meeresspiegel um 50 Zentimeter zu steigen. Das bedeutet das Aus für viele tiefliegende Inseln und Küstengebiete. Zudem droht vielen Teilen der Welt durch die klimatische Veränderung eine Versteppung oder Verwüstung.

Innerhalb des Kapitalismus wird sich die Klimakatastrophe nicht abwenden lassen. Dies haben die jährlichen Klimakonferenzen mittlerweile gezeigt. Die Länder der sogenannten Dritten Welt müssen ohne Rücksicht auf die Umwelt industrialisieren, wollen sie überhaupt eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum haben. Zugeständnisse werden ihnen seitens der Industrienationen nicht gemacht. Im Gegenteil, durch Zollschränken schiebt man ihrem Wachstum einen Riegel vor, wo es nur geht.

Um überhaupt noch auf dem Weltmarkt bestehen zu können, müssen die armen Länder mit den schlimmsten "Dreckschleudern" produzieren. Die protektionistische Politik der Industrienationen zwingt sie dazu. Die Zollschränkenpolitik der Metropolen ist der Umweltverschmutzer Nummer 1 in der Welt.

Völlig doppelamoralisch ist da die Haltung der Industrienationen, die die Länder der "Dritten Welt" zu umweltpolitischem Bewußtsein aufruft.

Nur eine planvolle und solidarische Weltgemeinschaft ohne Konkurrenzdruck kann die Umweltspirale aufhalten.

Die Klimakatastrophe bedeutet den Hunger- und Katastrophentod vieler Millionen Menschen und ein Leben in Elend und Dreck für unzählige weitere.

Pinochet

Dieses Monster soll in der Hölle schmoren

Aufgrund eines spanischen Haftbefehls wurde der 83jährige General Pinochet, Chiles Ex-Diktator und Putschist, in London bei einem Krankenhausaufenthalt verhaftet.

Pinochet führte 1973 einen Staatsstreich gegen den frei gewählten sozialdemokratischen Präsidenten Allende an. Allende starb im Bombenhagel, mit dem Pinochet den Sitz des Präsidenten überzog. Unterstützung erhielt er vom amerikanischen Geheimdienst CIA und dem ehemaligen US-Präsidenten Henry Kissinger.

Laut den Vereinten Nationen und Amnesty International hat sein Putsch etwa 4.000 Todesopfer gefordert. Etwa 250.000 Menschen wurden verhaftet und in Fußballstadien festgehalten. Zehntausende wurden gefoltert. Um die Schreie der Gepeinigten zu übertönen, wurde im Fußballstadion von Santiago so laut Musik gespielt, daß es unter der Bevölkerung den Beinamen "La Discotheka" erhielt. Im Auftrag von diesem Schlächter wurden Frauen vergewaltigt, und Mütter mußten der Folter ihrer Kinder beiwohnen.

Die Eltern Tausender Verschwundener wissen bis heute nicht, was mit ihren Töchtern und Söhnen geschehen ist. Verhaftete wurden teilweise in Flugzeuge gepfercht und aus tausend Metern Höhe

über dem Meer abgeworfen.

In Chile gab es Jubelfeiern, als bekannt wurde, daß Pinochet möglicherweise zur Rechenschaft gezogen wird.

Allerdings ist die beantragte Auslieferung an die Justizbehörden in Spanien fraglich.

Die ehemalige Premierministerin Thatcher und Unterstützer des damaligen Putsches, wie die Pepsi Company und der Elektronikkonzern ITT haben sich schon für die Freiheit von Pinochet eingesetzt.

Zudem gibt es ein Angebot der chilenischen Behörden, ihn vor ein dortiges Gericht zu stellen. Das darf allerdings nicht passieren. Die chilenischen Gesetze sind im wesentlichen noch die Gesetze Pinochets und die des Putsches. Kurz vor seinem Rücktritt hat sich Pinochet noch eine lebenslange Immunität sichern lassen und sich zum Senator auf Lebenszeit wählen lassen.

Auch wenn die Diplomatie der Herrschenden wahrscheinlich dafür sorgen wird, daß Pinochet ungeschoren davonkommt. Bei einer Überprüfung wurde der ausschlaggebende Richter wegen Kontakten zu Amnesty International als voreingenommen beurteilt. Aber noch nie wurden einem Richter seine Kontakte zum Kapital als Voreingenommenheit angelastet.

Es muß mehr Druck von der Straße auf die Richter ausgeübt werden, damit Pinochet nicht ungeschoren davonkommt!



Kein Blut für ÖL!

★ WERNER KLEIN

Pünktlich zum Jahreswechsel 98/99 bietet der Oberimperialist USA der Welt wieder sein Weihnachtsmassaker, im Fernsehen wird sowieso zuviel geschmückt, da brauchen wir doch für unsere lieben Kinderlein wieder ein Hardcoreblutspritzerdrama mit vielen fetten martialischen Bummsraketen.

Mit 201 Flugzeugen, 24.000 Soldaten, mehr als 20 Schiffen und 200 Marschflugkörpern terrorisierten die Vereinigten Staaten das kleine und arme Land Irak. Warum, weiß Amerika selber nicht genau, jedenfalls muß dieses Land endlich demütig vor dem Riesen auf die Knie fallen.

Sicher ist der Diktator von Bagdad ein blutrünstiger Kerl und plant mit seinem ABC-Waffenpotential nichts Gutes - nur, das wäre kein Grund für einen Angriff, dann müßten die USA die ganze Welt in Dauerbeschuß nehmen. Pakistan hat seine Atombombe, Sudan seine chemischen und biologischen Waffen, China entwickelt weiter die Atombombe, Nordkorea startet ständig U-Boot-Angriffe, und im Pandschab baut jeder Teenager an seiner Kalaschnikow. Zu allererst müßte Amerika aber seine eigenen Freunde, Israel, Europa und nicht zuletzt sich selber den großen Gong verpassen.

Den Diktator zu ermorden, darum geht es den USA wirklich nicht. Als sie bei der Zurückeroberung ihrer Ölvorkommen in Kuwait im Golf eingriffen, rieten ihnen die Saudis, nicht in den Irak einzudringen.

Dort gibt es zu Saddam Hussein keine Alternative. Die demokratischen Intellektuellen sitzen in London und sind von den Massen isoliert, nur die Schiiten im Süden sind in der Bevölkerung verankert. Sie sind aber von Teheran abhängig, und bei ihrer Machtübernahme würde nur der Einfluß der Mullahs im Golf vergrößert.

So droht auch bei einer Ermordung des Tyrannen der Zerfall des Iraks in einen kurdischen Norden mit zersplitterten Clangebieten, einem schiitischen Süden und einer sunnitischen Mitte, ähnlich wie in Somalia.

Der Zerfall der Nationalstaaten kennzeichnet aber auch - mit oder ohne Krieg - die Entwicklung der Endform des Imperialismus. Es wird also auch im Irak

zu einem Zerfall kommen. Das ist die unweigerliche Richtung in die Barbarei, die von immer mehr Ländern - über Pandschab, Afghanistan, Somalia, Ruanda, Liberia, Turkmenistan und anderen "stans" - gewiesen wird.

Den Krieg führt Amerika natürlich nur gegen die Länder, die sich nicht in die imperialistische Hierarchie einordnen, die drohen, ihre eigenen Geschäfte zu machen und dabei die Geschäfte unseres Oberdealers nicht berücksichtigen.

Und so ging es auch diesmal in erster Linie ums Ölgeschäft. Irak verfügt über die zweitgrößten Ölvorkommen der Welt. Sollten diese abgebaut werden, droht der Ölpreis ins Bodenlose zu fallen. Es gibt heute schon eine Überproduktion auf dem Weltmarkt.

Und verdienen würde daran nur die Konkurrenz. Rußland und China besitzen Ölfelder im Irak. Deshalb protestieren sie auch immer aufs Schärfste gegen einen amerikanischen Angriff - ihnen entgehen gute Geschäfte.

Amerika konnte aber zwei Fliegen mit einer Klappe erschlagen. Weil der unartige Hussein sowieso eins auf die Finger kriegen mußte, konnten die USA gleich ihre Waffentests im Irak durchführen. Denn auch Amerikas Waffenprogramm erfordert von Zeit zu Zeit Tests in der Praxis.

So ergaben diese Tests auch eine weitere Verbesserung der Marschflugkörper. Zwar betrug die metergenaue Punktzielsicherheit nach eigenen Angaben noch immer nur 4%, sie sei aber schon doppelt so hoch wie voriges Mal.

Nach dieser Logik bräuchten die Vereinigten Staaten also nur noch (100 minus 4) durch zwei = 48 Kriege mit jedesmal nur ca. 1.000.000 Toten = 48.000.000 Toten zu führen, um eine 100%ige Genauigkeit der Cruise Missiles zu erreichen. Bei 100 verschiedenen Raketen wären das 48 Millionen x 100 = 4,8 Milliarden.

Dann bleiben zwar nur noch Rockefeller und sein Präsident über, aber wenn es dann mal eine Präsidentin gäbe, würde das ja für die Neugründung der Menschheit langen. Nur ob das noch bei Kindern mit 3 Augen und 4 Beinen erstrebenswert ist und eine vitale Welt



Beim amerikanischen Waffengang muß nur das Volk leiden!

schaffen kann, bleibt zu fragen.

Manche Republikaner sehen zwar hinter dem Waffengang ein Ablenkungsmanöver Clintons von seiner Love-Story, das erklärt aber höchstens die Eile.

Das amerikanische Kapital würde die horrenden Ausgaben der Militärmaschine nur für das Privatvergnügen eines Diensthabenden gar nicht zulassen.

Mit dieser Lewinsky-Story soll auch nur von den eigentlichen Ursachen des Weihnachtsmassakers abgelenkt werden.

Es geht um nichts anderes als um Öl und die militärische Vorherrschaft des Superimperialisten USA.

Der Imperialismus hat nur noch Tod und Zerstörung anzubieten. Seine Wirtschaft steckt schon lange in einer Sackgasse.

Leider sind die "Linken" mittlerweile sanft entschlummert, und der amerikanische Blitzkrieg konnte weitgehend ohne ihren Protest über die Bühne rollen.

Somit ist aber auch das Protestfeld frei für eine neue von stalinistischen Ideologien nicht verbrauchte neue Generation von Klassenkämpfern.

Sie wird es zu verhindern wissen, daß sie vom Imperialismus mit in den Abgrund gerissen wird.

Die IS bietet dieser neuen Generation statt Blut für die Menschheit ihre Befreiung an.

USA raus aus dem Golf!

Wo sind sie geblieben?

Im letzten Bombardement der USA gegen die irakische Zivilbevölkerung gab es kaum mehr eine Abwehr der "Linken". In Köln gab es seit dem 1. Mai nur eine Demonstration mit 70 Teilnehmern. Die linken Strukturen sind zerstört. Der Rest des außerparlamentarischen Kampfes befindet sich mit Daimler und feinem Zwirn im Parlament oder hat sich zwischen Tantra und Hardcore privatisiert. Wie kam es dazu?

★ NORBERT NELTE

Es ist ein jämmerlicher Anblick, was von der Ex-Linken übrig geblieben ist.

Auf der letzten Antifa-Demonstration in Bonn, als die NPD gegen die Wehrmachtsausstellung aufmarschiert ist, waren die Linken in der Minderheit.

Gerade in Bonn, wo es eine straff organisierte autonome Antifa gibt, ist mit dem Antifakampf nicht mehr viel los. Ganz anders war das in Rostock mit 15.000 Teilnehmern, wo es keine Alt-Linke gab. Ihre Existenz ist die beste Garantie dafür, daß nicht mehr auf den Straßen mobilisiert wird, daß Menschen, die in aktive Opposition gehen wollen, von dem Kampf abgeschreckt werden.

Es ist modern, von Che als Barbie-Puppe zu träumen, aber für die eigene Emanzipation nichts mehr zu tun.

Der Rest, der noch aktiv ist, hat sich angepaßt und paßt sich immer mehr an die herrschende Gesellschaft an.

Uns erreichte kürzlich ein anonymes Hetz-Brief gegen unsere Artikel, mit denen wir gegen die Ausweisung von Mehmet protestierten und das Recht der kopftuchtragenden Frau Ludin auf ein Lehramt verteidigten.

Der Hetzer bezeichnete in zünftiger Nazi-Manier das Kopftuch als »Läusewärmer«. Andererseits findet er es richtig, daß das Hakenkreuz ebenfalls (!) nicht geduldet werden kann und kennt sich in den "linken" Strukturen in Köln aus.

Man kann absolut nicht erkennen, ob der Anonymus ein "Linker" oder Rechter war.

Und das ist nur die Spitze des Eisberges. Nordkorea - einstmals Pilger-

Ziel der "linken" Mao-Volkstümmler - lud über seine deutsche Botschaft den Parteivorstand der faschistischen NPD ein. Ein Verbindungsmann der Nazis, Michael Koth, war noch bis Anfang '95 stellvertretender Vorsitzender der KPD und Mitglied im DDR-nostalgischen "Erich-Honecker-Solidaritätskomitee"

Keine Ausnahme. In der russischen Kommunistischen Partei häufen sich Beispiele, wie die des Abgeordneten Makaschow, der alle Schuld für die Probleme der Welt bei den international operierenden Juden sieht.

In der PDS wird immer häufiger die "nationale" Frage in den Vordergrund gestellt, und vereinzelt kommt es zur Zusammenarbeit mit den Braunen.

Ehemalige Linke sind immer häufiger im rechten Spektrum anzutreffen. Darunter finden sich auch Namen wie Enzensberger oder der ehemalige Mao-RAF'ler Horst Mahler.

Die PKK sucht die Zusammenarbeit mit der NPD, weil die europäische Linke vor dem Imperialismus versagt hat.

Den vorläufigen Schlußakt dieses Rechtsschwenks bildete Martin Walser mit seinem Aufruf, die Neonazis mit der Aufarbeitung des III. Reiches nicht mehr zu behelligen und die Morde in Solingen nicht als Naziterror zu übertreiben, sondern bitteschön als Tat ausgeflippter Sozialfälle..

Erschreckend dabei ist nicht der schon übliche Rechtsdrall des Kleinbürgers Walser, sondern das Schweigen der Rest-"Linken" zu dieser Verharmlosung der Nazi-Morden (siehe Kasten).

Angesichts dieses Pilgerzuges ins rechte Lager ist es nicht verwunderlich, daß

die Nazis in Bonn freie Bahn hatten.

Der Treck ins rechte Lager seitens der moskau-, havanna-, tirana- oder pekingo-orientierten stalinistischen Linken ist nicht verwunderlich, da dieser Zug schon immer von ihrer falschen Theorie abzu-sehen war. Es ist eben kaum ein Unterschied zwischen dem "nationalen Sozialismus" eines Stalin oder des Nationalsozialismus eines Hitlers zu erkennen.

Zuerst stützten die Stalinisten sich nicht auf die Basis der Arbeiterklasse, um den sozialistischen Staat von unten zu bilden, sondern auf einen Sozialismus von oben, in dem irgendwelche herrschenden Bürokraten die klassenlose Gesellschaft schon einführen werden. Entsprechend unterstützten sie die "Volksfronttheorie", die glaubt, daß eine bürgerliche Regierung den Sozialismus einführen kann.

Zweitens propagierten sie mit der Stamokaptheorie, daß das Urübel des Kapitalismus nur das Monopolkapital, nicht das nationale Kleinkapital sei.

Drittens teilten sie die von Stalin entwickelte anfangs schon erwähnte These des "Aufbau des Sozialismus in einem Lande".

Ergebnis all dieser Ideologien (falschen Theorien), war ein gepflegter Patriotismus, eine Kultivierung eines linken "Deutschseins". Nicht zufällig trugen alle Stalinisten im Gegensatz zu den Marxisten das Wort "Deutsch" in ihrem Parteinamen (Deutsche Kommunistische Partei, Bund Westdeutscher Kommunisten oder Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) und in der Flagge der DKP blinzelte schon das Schwarz-



Hetzbrief gegen Mehmet und Marxisten

Rot-Gold hervor. Von dem altlinken Patriotismus zu den Nazis ist es dann auch nicht mehr weit. Besonders die Strasser-Linie findet sich auch in den obigen drei Programmpunkten wieder.

So schrieb die NPD auch der Botschaft von Nord-Korea, daß es einen »*berechtigten Kampf gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika*« führten.

Dieser Spruch könnte auch von Che, der RAF, der PKK oder Saddam Hussein stammen.

Man konnte die Stalingarde noch nie von den Nazis unterscheiden, und heute erst recht nicht. Sie haben nur eine andere Basis: die Nazis das Kleinbürgertum und die Stalinisten die Bürokratie.

Wie gesagt, der Gang nach rechts der Stalinisten ist nicht verwunderlich. Erschrecken muß aber der Rechtsschwenk der damals wirklichen Marxisten. Woher kommt er?

Nicht zu erwähnen braucht man die Metamorphose der orthodoxen Trotzlisten. Mit Ausnahme der Sektierer vom Bund der sozialistischen Arbeiter (BSA) oder den Spartacists ist dieser Prozeß mit der Selbstauflösung so gut wie abgeschlossen. Nur noch die Gruppe "Vorán" dümpelt in ihren Resten vor sich hin.

Schlimm ist der Zustand der Ex-SAG. Die Sozialistische Arbeitegruppe vertrat, wie die IS, die Staatskapitalismus-Theorie von Tony Cliff.

Als Trotzlisten vertraten wir auch die Theorie des "Entrismus". Das heißt, daß man als Marxist zum Parteaufbau in kämpferischen Zeiten in reformistische Parteien eintritt, um dort die nach links drängenden Massen zu gewinnen und nach einer Zeit mit ihnen zusammen die Reformisten wieder verläßt.

So hatte sich auch die britische Socialist Workers' Party (SWP) in den 50er Jahren aufgebaut. Nun kopierte die SAG diese Politik in den 90er Jahren,

einer Zeit der Erstarrung der Arbeiterklasse in Deutschland.

Der Entrismus kann aber in Zeiten des Rückzug der Arbeiter nicht funktionieren. Es ist richtig, in kämpferischen Zeiten unbedingt den Schwerpunkt auf die Praxis zu legen und zu versuchen, sich mit den Massen zu verbinden. Das Hochhalten der richtigen Theorie ist dann absolut kontraproduktiv.

Wenn die Bordigisten die Unterstützung der Arbeiterräte ablehnten, weil diese die richtige Theorie nicht verträten, ist das totaler Kinderkram. Wie sollten die Massen anders zum Marxismus kommen, als über ihre Fehler? Die weltrevolutionäre Theorie kann nicht mit einem Knall in den Massen geboren werden.

Genau so einen Isolationismus beobachten wir bei den superorthodoxen Trotzlisten, dem BSA und den Spatacists oder der iranischen API.

Das heißt aber nicht, daß eine Verbindung mit den Massen immer und zu allen Zeiten richtig ist. Wenn Rosa Luxemburg von einem gemeinsamen Blutkreislauf spricht, der die Arbeiter und die Partei durchströmt, dann gilt das für die bewegten Zeiten des Klassenkampfes. Heute heißt ein gemeinsamer Blutkreislauf, daß man selber von dem Gift der resignierten Massen vergiftet wird, daß man sich dem Bewußtsein der Massen immer mehr anpaßt, um sie überhaupt noch erreichen zu können.

Das Ergebnis ist, daß der jetzige Vorsitzende von Linksruck, der SAG-Nachfolgeorganisation davon spricht, daß es sein Ziel ist, aus den Jusos eine revolutionäre Organisation zu zimmern.

95% der Linksruck-Mitglieder haben kein Verständnis von der Revolution, und immer häufiger hört man dort bürgerliche Thesen.

Ursache ist immer wieder der absolute Drang nach der Realpolitik. Man kann die völlige Isolierung des Marxismus heute nicht ertragen. Also paßt man sich dem Bewußtsein der Massen an.

Bei den einen führt die Realpolitik halt ins Parlament. Sie erreichen Ansehen und Gehör durch Nachplappern der Bour-

geoisie und verkaufen das ganze noch als alternativ, wie ein Kühlschranksvertreter auf Grönland.

Bei den anderen führt die Realpolitik direkt in die Arme der Nazis. Weil sie endlich Einfluß auf die Massen haben wollen, gerade wo die Massen immer angepaßter werden, plappern sie dem Stammtisch nach. Das macht auch vor den intellektuellen Schriftstellern nicht halt.

Die konsequenten, unverbrauchten Jugendlichen führt die Realpolitik direkt in den Sandkasten. Da werden die Kämpfe simuliert und aus SPD-treuen Stammtischkämpfern zumindest in der Phantasie die zukünftigen Revolutionäre.

Wollen wir den Marxismus aber durch diese dunkle Zeit retten, müssen wir unsere jetzige Isolation ertragen lernen.

Sicher ist es wichtig, genau mitzubekommen, was in den Straßen und den Fabriken diskutiert wird. Wie reagieren die Leute auf uns bei den restlichen Demonstrationen und in der Universität? Wie werden unsere Argumente noch in der Restlinken und bei der Jugend verstanden?

Aber Unverständnis bedeutet heute nicht, daß wir uns irren. Wir müßten uns höchstens fragen, ob wir etwas falsch gemacht haben, wenn die Massen in ihrer heutigen Resignation unseren Ideen Gehör schenken würden. Ein Verständnis der jetzigen Massen würde eher einen Irrtum unsererseits bedeuten.

Wir können uns nur auf die Länder stützen, wo noch gekämpft wird. Für uns sind das hauptsächlich England, aber auch Südkorea oder Griechenland.

Realpolitik ist heute, will man die Zukunft erreichen, nicht möglich. Wir müssen in den 90er Jahren unsere Klassiker in das Zentrum unserer Aktivitäten rücken, das ist die einzige Möglichkeit, uns vor walserschem Opportunismus und linksrucklerischem Rechtsruck zu schützen.

★

Des "deutschen" Martin Walsers sein Wehwehchen und das Schweigen der "Linken"

Die großen ehemaligen Klassenkämpfer entpuppen sich immer mehr als Patrioten.

Herr Walser, als ehemaliger DKP-Kämpfer und Verteidiger der national-russischen bürokratischen Bourgeoisie als "Der große Dichter der kleinen Leute" hat sein Herz für die Deutschen entdeckt.

In seiner Paulskirchenrede verteidigt er den urdeutschen Stammtisch, er habe doch jetzt die Nase voll von den ewigen Anklagen des Hitler-Reiches, und ebnet damit auch den Neo-Nazis selber den Weg.

Plötzlich kocht die ganze urdeutsche Seele wieder an die Oberfläche - Walser hat nur den Startschuß dafür gegeben, daß es wieder erlaubt sei, sich als "Deutscher" zu outen. Allen voran der SPD Ex-Oberbürgermeister Klaus von Dohnanyi, der sich beklagt über »das schwere Schicksal, heute ein solcher Deutscher zu sein«.

Klar, wenn man sich als "Deutscher" fühlt, fühlt man sich durch die ewige Anklage der Schuld der Deutschen im II. Weltkrieg betroffen. Dohnanyi muß sich dann diesen Schuh selber anziehen.

Nun fühlt sich der Vertreter des Zentralrats der Juden, Ignaz Bubis, selber als "Deutscher", ist als Immobilienbesitzer sogar Teil der herrschenden deutschen Klasse. Aber er ist auch Betroffener des Holocaust.

Nicht nur die "Linken" schwiegen angesichts der Wegbereitung für die Nazis und sonstigen Nationalisten durch den Ex-Moskau-orientierten "großen Dichter". Selbst die jungen Juden war-



Protest gegen Walser an der Uni-Duisburg

fen Ignaz Bubis leider persönliche Kritik vor und mahnten Sachlichkeit an.

So von der nichtjüdischen und auch jüdischen Bevölkerung allein gelassen, blieb dem Vorsitzenden der Juden nichts anderes, als vor dem großen Moralisten einzuknicken, der mit dem »Rückenwind von 1.000 Briefen in denen ihm Dankbarkeit versichert wurde, weil er 'öffentlich ausgesprochen hatte, was wir bis jetzt hinter vorgehaltener Hand oder unter Freunden sagten'« (FR vom 15.12.) seinen Angriff startete.

Bubis hatte seinen berechtigten Vorwurf der »geistigen Brandstiftung« bei dem gemeinsamen Treffen in der FAZ zurückgenommen, obwohl Walser angesichts der »Woge der zustimmenden Begeisterung« weiter darauf beharrte, daß der deutsche Kleinbürger seinen Holocaust nicht mehr bräuchte und seinen »Seelenfrieden« haben will.

Er warf ihm dort sogar vor, daß durch sein Auftreten in Solingen oder Lübeck die Nazi-Morde erst zu Nazi-Morden werden würden, das wären doch nur Taten von Asozialen. Er habe doch bei Angriffen auf Nichtjuden gar nichts verlore. Also: Durch Bubis ungerechtfertigtes Auftauchen würden diese Morde erst zu Nazi-Morden werden, und Deutschland würde dadurch in der Welt an Renomeé verlieren.

Walser hat mit seiner Schlußstrich-Forderung den Weg geebnet für alle Nationalisten und Faschisten. Für Intellektuelle gilt es ab sofort nicht nur als seriös, sondern auch als ein Muß, sich im rechten Lager zu bewegen.

Die wirkliche Rest-Linke muß sich warm anziehen und noch deutlicher von den volkstümlerischen Kleinbürgern á la Walser distanzieren, will sie nicht in den Rechtsruck mit hineingezogen werden.

**An den Zentralrat der Juden - Ffm
Kein Schlußstrich unter die Geschichte!
Keine Verharmlosung des Holocaust!
Solidarität mit allen jüdischen Bürgern!**

Bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an den Schriftsteller Martin Walser, ehemaliges DKP-Mitglied, hatte dieser das Ende der Aufarbeitung des faschistischen Massakers an den Juden eingeklagt. Die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit würde als Vorwand benutzt werden, daß er als "Deutscher" sich nicht ohne Schuldgefühle entwickeln könne. Ständig würde ihn in allen Medien der Holocaust verfolgen, und das gehe ihm jetzt auf die Nerven.

Der einzige relevante Protest kam nur vom Zentralrat der Juden selbst. Ihr Vorsitzender Bubis sah bei dem ehemals linken Intellektuellen die geistige Nähe zu den Rechtsradikalen und bezeichnete ihn als "geistigen Brandstifter". Wenn die Verarbeitung mit dem Faschismus dem Herrn Walser auf die Nerven geht, könnte er ja zu Hause den Fernseher abstellen. So hat er aber den Nazis öffentlich letztlich den Weg bereitet. Alle anderen öffentlichen Redemeldungen waren eine Unterstützung für den Naziverteidiger, allen voran der ehemalige Bürgermeister von Hamburg und SPD-Mitglied Klaus von Dohnanyi. Nicht zuletzt verteidigten die Neonazis selber den Ex-DKP-

"Deutschen" vor dem Juden Bubis. Erstaunlich ist nicht so sehr der bei den meisten Ex-Linken zur Regel gewordenen Gang nach rechts. Vielmehr müssen wir mit Erschrecken feststellen, daß keine öffentlich relevante Stimme mehr Stellung für die Juden bezieht und sie in ihrer Verteidigung gegenüber den Diffamierungen der Nazis und ihrer Wegbereiter alleine läßt. War der Antifaschismus in der Vergangenheit nichts anderes als eine Alibiveranstaltung? Umso wichtiger ist jetzt eine Solidarität mit den Juden. Wir dürfen sie vor den rechten Angriffen und deren Verharmlosungen nicht alleine lassen.

Die ausgefüllten Listen bitte schicken an:
Francis Byrne / Venloer Str. 344 / 50823 Köln

Name	Stadt	Straße	Unterschrift

Rot/Grün tritt an, um Kürzungen zu beschleunigen

★ FRANCIS BYRNE

18 Jahre hat es gedauert, bis Helmut Kohl endlich abgewählt wurde. Am 29. September bekam er die Quittung für seine scharfe Kürzungspolitik.

Mit der Wahl der neuen Regierung, einer "Reformregierung", wie man meinen könnte, müsste eine starke Brise durchs Land gehen und die Kürzungssorgen Kohls zurückgedreht werden. Doch weit gefehlt: es weht zwar eine starke Brise, doch die weht den Arbeitern direkt ins Gesicht. Eigentlich kann man gar keinen Unterschied zwischen vorher und nachher sperren. Im Gegenteil: Schröder scheint die Kürzungen von Kohl nun beschleunigt fortzusetzen. Dieses Resümee können wir schon nach nur wenigen Wochen Rot/Grün ziehen.

Wende?

In der letzten Ausgabe des Klassenkampf fragten wir in Bezug auf die neue Regierung: »Ist das die Wende?« Wie wir berichteten scheint es eine Wende zugunsten der Reichen und Superreichen zu sein, eine Wende für die Firmen und international agierenden Konzerne. Die kleinen Leute schauen in die Röhre. Geschickt nutzen Schröder und Co. den Vertrauensvorsprung bei ihren Wählern, den Arbeitern aus und versuchen diese mit Tricks und Trostpflasterchen vom eigentlichen Vorhaben abzulenken.

In dieser Ausgabe des Klassenkampf beleuchten wir die Kontinuität der neuen Regierung bei der Atompolitik, die härtere Gangart in der Ausländerpolitik sowie die Steuer- und Kostentricks von Rot/grün.

In loser Folge werden wir weitere Maßnahmen der Koalition analysieren und auswerten.

SPD-Wahl ohne Illusionen

Wir Internationalen Sozialisten



Der neue Finanzminister Lafontaine zeigt uns schon den Vogel

haben zur Wahl der SPD ausgerufen. Allerdings nicht mit der Illusion, dass sie die Dinge zum Besseren wenden würde oder aus dem Grund, dass sie das kleinere Übel sei.

Der Aufruf zur SPD-Wahl war trotz der nun beschleunigten Kürzungen wichtig, um überhaupt zu ermöglichen, mit den Kollegen zu diskutieren.

Parlamente ändern nichts. Weshalb sollten wir dann mit den Kollegen diskutieren, die vermeintlich linkere PDS oder gar eine rote Splittergruppe zu wählen. Eine solche Diskussion würde im Sande verlaufen, ohne etwas zu erreichen, da die Masse der Kollegen noch auf die SPD vertraut und nicht auf ihre eigene Kraft. Wir sind anders auf die Kollegen zugegangen:

»Wir fordern zur Wahl der SPD auf, da stehen wir an Deiner Seite, Kollege. Wir wählen SPD, aber ohne Illusionen. Wir dürfen nicht auf Schröder vertrauen, sondern müssen unsere Sache in die eigene Hand nehmen.« Unter diesen

Voraussetzungen konnten wir zu den zentralen Fragen vordringen, da wir nämlich ein System ohne Konkurrenzdruck brauchen.

Eine bürgerliche Arbeiterpartei – und nichts anderes ist die SPD nach wie vor – kann in Zeiten des Aufschwungs dafür sorgen, dass den Arbeitern größere Kräfte vom reichgedeckten Tisch des Kapitals zukommen. In Zeiten der zunehmenden Krise aber, müssen sie die Kürzungspolitik des Kapitals durchsetzen. Zwar fahren die großen Firmen zur Zeit riesige Gewinne ein, doch müssen sie sich warm anziehen, um die kommende große Krise durchzustehen zu können und, etwa durch Aufkauf von Konkurrenten, sogar gestärkt aus ihr hervorzutreten.

In Zeiten der weltweiten Krise sind Reformen (im eigentlichen, also im positiven Sinne) nur möglich, wenn die Arbeiter auf revolutionärem Wege für Verbesserungen kämpfen.

Haben die Kollegen denn durch die Wahl der nun weiterkürzenden SPD eine Niederlage erlitten? Nein! Bei

»Schneller ging's wirklich nicht«

Vorsicht Falle:

Die Rot/Grünen Steuertricks

★ FRANCIS BYRNE

In einer Weihnachtsgrußanzeige in vielen überregionalen Zeitungen lobte die SPD sich und ihren grünen Koalitionspartner: *»1999. Das fängt ja gut an! Der Anfang ist gemacht. Schneller ging's wirklich nicht.«*

Aufgezählt werden die verschiedenen sozialpolitischen Verbesserungen und die Rücknahme einiger Kürzungen Helmut Kohls:

»Schon ab 1.1.1999 gilt:

... mehr Kindergeld: je 30 Mark mehr für das erste und zweite Kind.

Wir senken die Steuern für alle Steuerzahler.

... gegen Jugendarbeitslosigkeit: ... haben wir zwei Milliarden lockergemacht.

Bl ms Rentenkürzungen werden wieder aufgehoben ...

Weniger Zuzahlung bei Medikamenten ...

... Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ...

... volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

... voller Kündigungsschutz auch in kleinen Betrieben.« (Anzeige der SPD-Bundestagsfraktion in 'Frankfurter Rundschau' und anderen überregionalen Zeitungen am 19.12.1998)

Doch Vorsicht und Mißtrauen ist geboten! Eigenlob stinkt, sagt der Volksmund, und dieser Weihnachtsgruß stinkt gewaltig, wenn man sich die Mühe macht, die Zahlen und Pläne von Rot/Grün einmal aufzuaddieren.

Picken wir uns zuerst einmal die Rosinen aus dem Kuchen: Löblich sind die Aufstockung des Kindergeldes, das ABM-Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die gesetzliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der gesetzliche Kündigungsschutz.

So weit, so gut. Aber ...

Steuersenkungen für die Reichen

Die geplanten Steuersenkungen sind für die Arbeiter nur ein Bluff. Ihnen wird das, was sie durch die Steuersenkung und die geringe Erhöhung des Kindergeldes (um 30,- DM für das erste und zweite Kind auf 250,- DM im Monat) erhalten durch die kosteuer, geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer und andere Veränderungen doppelt wieder genommen.

Der niedrigste Einkommensteuersatz soll in drei Stufen von 25,9% auf 23,9% (1. Januar 99) bis hinunter auf 19,9% (1. Januar 2002) gesenkt werden.

Die Reduzierung der Steuern und die Erhöhung des Kindergeldes kommen aber den Reichen im Verhältnis mehr zugute als den Arbeitern.

Jubel beim Kapital brachte die Nachricht, den Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte - also für die Profite der Unternehmen - zu senken. Von 47% auf 45% (1. Januar 99) bis auf 43% (1. Januar 2000). Einbehaltene Gewinne werden nur noch mit 40% statt wie bisher mit 45% besteuert. Geplant aber noch nicht ganz spruchreif ist eine weitere Reduzierung des Spitzensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf einen einheitlichen Höchststeuersatz von maximal 35%. Das war das einzig wichtige Ergebnis des "Bündnisses für Arbeit". Seither redet der Kapitalvertreter Henkel über die neue Regierung viel freundlicher. Zum Jubel gesellen sich mit dieser Perspektive auch Freudentränen beim Kapital.

Die angedrohte Streichung der Ausnahmeregelungen für Abschreibungen wurde nicht, wie bei den Wahlen noch angedroht, direkt umgesetzt, sondern erst einmal in die Ausschüsse verwiesen. Dort werden sie bis zum St. Nimmerleinstag zerredet.

Unter Kohl mußten die Damen und Herren "Superreich" noch 53% Steuern auf ihre privaten Einkünfte bezahlen. Statt nun, wie man von einer linken Regierung vielleicht erwarten könnte, diese Leute etwas höher zu belasten, wird auch der Spitzensteuersatz für private Einkünfte von 53% über 51% bis hinunter auf 48,5% gesenkt. Da hört man förmlich das Sektorkorknallen aus den Chefetagen herüberschallen. Jahrelang wurde Kohl dazu gedrängt, dem Kapital mit einem solchen Steuerbetrug freie Bahn zu schaffen. In kaum 3 Monaten Amtszeit hat Rot/Grün es geschafft. ... Schneller ging's wirklich nicht!

Ökosteuer

Die von vielen Linken mit Begeisterung begrüßte Ökosteuer ist eine Mogelpackung, wie sie im Buche steht. Ein Wolf im grünen Schafspelz:

Seit 1980 wächst der Anteil der Steuern der Arbeiter am Staatshaushalt zugunsten des Anteils des Kapitals stetig. 1980 betrug das Verhältnis etwa 65% Arbeiteranteil zu 35% Kapitalanteil. Mit der riesigen Umverteilung durch die Regierung Kohl betrug der Anteil 1994 etwa 75% zu 25% Arbeiteranteil.

Diese Umverteilung wird sich mit dem jetzt beschlossenen Einstieg in die ökologische Steuerreform noch beschleunigen.

Schon Ende 1995 schrieben wir, daß



„Bündnis für Arbeit“? Arbeitsminister Riester, BDA-Chef Hundt und DGB-Vorsitzender Schulte freuen sich über Steuersenkungen für die Reichen

die Ökosteuer vom Kapital genutzt werden kann, um die Kosten für Arbeit in Konkurrenz zum Weltmarkt zu verringern und weitere Belastungen für den Staatshaushalt auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Wir gingen damals bei der Durchsetzung der Ökosteuer von einem Steueranteil der Arbeiter von etwa 80 % aus. ('Linke Opposition' Nr. 11, Klein: Vorsicht, "Wundermittel" Ökosteuer!) Doch scheint diese Zahl noch zu niedrig gegriffen zu sein.

Es ist geplant, ab dem 1. Januar 1999 die Mineralölsteuer bei Benzin um 6 Pfg je Liter, bei leichtem Heizöl um 4 Pfg und bei Erdgas um 0,32 Pfg je Kilowattstunde zu erhöhen. In Großbritannien wird der Benzinpreis um jährlich etwa 5 Pfg angehoben. Ein jährlicher Erhöhungsrhythmus wurde in den Reihen der Regierung schon diskutiert und steht uns mit Sicherheit ebenfalls bevor. Doch noch will die neue Regierung die Katze nicht aus dem Sack lassen.

Sie hat nämlich genug Not damit, die Ausnahmen bei der Ökosteuer zu rechtfertigen:

Die Ausnahmen gelten für Betriebe bei denen mindestens 6,4% der Produktionskosten auf Energie entfallen, sowie Betriebe mit zusätzlichen

Sonderausnahmebedingungen.

Gleichzeitig werden die Beiträge für die Sozialversicherungen gesenkt. Das heißt faktisch für fast alle Betriebe und Firmen, die sich auf dem Weltmarkt behaupten müssen, daß sie bessere Ausgangsbedingungen bekommen.

Was bleibt ist, daß die Arbeiter bezahlen. Die Industrie freut sich auf vermehrte Gewinne:

Nach einer Rechnung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) werden

» ... bei den Lohnnebenkosten ... alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes voll entlastet, während sie bei den neuen Abgaben auf Strom, Gas und Heizöl 75 Prozent Steuerrabatt bekommen sollen, energieintensive Branchen zahlen gar nichts.« Die Mehreinnahmen durch den Ökosteuerbetrug belaufen sich auf »162 Millionen Mark Überschuß pro Jahr ... allein [für den] ökosteuerbegünstigten Maschinenbau ... Auch für die Unternehmen der Elektrotechnik bleiben stolze 128 Millionen Mark übrig, für die Automobilindustrie gut 75 Millionen Mark. ... Auch die teilweise ökosteuerbefreite Chemieindustrie gehört mit 30 Millionen Mark Überschuß eindeutig zu den Profiteuren.« ('Spiegel', Nr. 51,

14.12.1998)

Diese Summen fallen nicht etwa vom Himmel, sie werden getragen durch die höheren Zahlungen der Arbeiter.

Der idealistische grüne Grundgedanke, vielleicht durch eine Ökosteuer die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zu begünstigen und den privaten Massenverkehr zu verteuern, wird bei folgendem Sachverhalt wirklich zur Farce: nicht von der Ökosteuer ausgenommen sind nämlich genau die Betriebe des öffentlichen Personenverkehrs. Hier gilt es ja nicht, die Betriebe für den Weltmarkt zu stärken. Die Betriebe können die erhöhten Kosten ja an ihre Kunden (fast zu 100% Arbeiter) weitergeben. Öko? Natürlich nicht, logisch!

Und das ist nur der Einstieg in die "ökologische" Steuerreform. Wir werden in der allernächsten Zukunft spürbare Einschnitte in unsere Geldbörse verzeichnen müssen.

Die Grußbotschaft der SPD beinhaltet auch folgenden Satz:

»In nur sechs Wochen nach der Regierungserklärung haben wir im Bundestag entscheidende Verbesserungen für Sie durchgesetzt.«

Der Ansprechpartner ist natürlich das Kapital und nicht die Arbeiter.

Atomkraft - Aber Atombomben ...?

★ CARSTEN SCHMIDT

Das alles nur, um angeblich billiger Strom produzieren zu können? Nicht einmal das kann der Grund sein. Atomstrom ist teuer, so teuer, daß er durch Subventionen bezuschußt werden muß.

Das einzige Argument, das den Kernkraftbefürwortern noch bleibt, ist, Deutschland würde nicht mehr genug Energie produzieren, schaltete man die AKW's alle ab. Will man diese Behauptung überprüfen, fällt einem schnell auf, wie mächtig die Atomlobby hierzulande ist. Die Zahlen in den meisten Statistiken sind absolut unbrauchbar. So gibt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln die Zahlen der Stromerzeugung und des Stromverbrauchs in unterschiedlichen Maßeinheiten an - einmal in Steinkohleeinheiten, ein anderes Mal in Megawatt oder Kilowattstunden. Vergleiche sind so natürlich unmöglich.

In groben Angaben liegt der Stromverbrauch in Deutschland bei etwas über 60% des erzeugten Stroms. Aus der Kernenergie stammen ca. 30%. Die Überkapazitäten von fast 40% dienen lediglich dazu, ins Ausland verkauft zu werden.

Von heute auf morgen könnte man also alle deutschen AKW's abschalten, ohne daß ein einziger Stromverbraucher hier davon Notiz nehmen müßte.

Da sich mit solchen Zahlen schwer nachweisen läßt, daß man auf Atomenergie gar nicht verzichten kann, bringen die Lobbyisten andere Zahlen in Umlauf, die man dann etwa in den Statistiken des Bundeswirtschaftsministeriums findet. Frei erfunden sind diese Zahlen zwar nicht, aber sie lügen trotzdem.

Sie lassen z.B. völlig außer acht, daß die Produktion von Atomstrom auch ungeheuer viel Energie verbraucht - in einigen Fällen sogar mehr, als die Reaktoren jemals liefern werden -; die

könnte ohne Atomwirtschaft direkt an den Endverbraucher fließen. Sie verschweigen, daß die deutsche Atomindustrie zwischen 1974 und 1995 40 Milliarden DM Subventionen erhalten hat. Und sie verschweigen, daß Atomkraftwerke trotz der Subventionen erst nach 20 Jahren vollständig abgeschrieben sind.

„Ersatzansprüche“

Auch die Schadensersatzforderungen der Atomindustrie, die Schröder als Grund dafür angibt, ein kompletter Ausstieg sei erst in 30 Jahren möglich, sind ein völlig an den Haaren herbeigezogenes "Argument".

Denn wollen wir mal ehrlich sein: "Profite" hat die Atomindustrie nur deshalb scheffeln können, weil der Staat das Geld, das er uns als Steuern geklaut hat, ihr als Subventionen in den Rachen geschaufelt hat. Die Atomindustrie hat nicht den geringsten Anspruch darauf, finanzielle Forderungen stellen zu dürfen.

Kein AKW wäre mehr am Netz, ginge es um wirtschaftliche Gesichtspunkte:

»Pro installierte Kilowattstunde werden für die gasbetriebenen Kraftwerke rund 800 Mark (408 Euro) kalkuliert. ... Der Bau eines Atommeilers wie das 1988 fertig gestellte Kraftwerk Isar II, das damals 3.800 Mark (1.939 Euro) pro installierte Kilowattstunde kostete, wäre ... ein nicht mehr tragbares finanzielles Risiko.« ('Die Woche', 16.10.98)

Was der Branche - nicht von der Regierung, sondern wegen ihrer teuren Produktionskosten - blüht, mußte der Stromkonzern Preussen Elektra bereits erleben: Der Großkunde Dow Chemical aus Stade hatte 1997 die Planung eines werkseigenen Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerks vorangetrieben und gedroht, nicht nur den eigenen Bedarf, sondern auch den umliegenden Industriebetriebe für 6 bis 8 Pfennig pro Kilowattstunde zu decken. Die Preussen Elektra konnte die Pläne nur vereiteln,

indem Dow die Energie aus dem benachbarten Kernkraftwerk zu Dumping-Preisen angeboten wurde. ('Die Woche', 16.10.98)

Nun stellt sich natürlich die Frage, warum hält die Regierung den schon verwesenden Leichnam der Atomkraft immer noch künstlich am Leben, wenn alle gesundheitlichen, ökologischen und sogar die wirtschaftlichen Fakten dafür sprechen, aus der Kernspaltung auszusteigen?

Warum Atomkraft?

'Focus' (Nr. 44/98, S. 62) schreibt: *»Vor allem Frankreich und Großbritannien setzen auf Strom aus Atomkraftwerken.«* Zwar besitzen Frankreich mit 58 und Großbritannien mit 29 Kernkraftwerken die mit Abstand höchste Anzahl von Reaktoren in Europa, aber sie setzen nicht auf den Strom. Zusammen verfügen Frankreich mit 384 und Großbritannien mit 160 Strategischen Langstreckenraketen über die einzigen beiden atomaren Waffenarsenale in Westeuropa ('Frankfurter Rundschau', 9.12.98). Das Uran dafür haben sie aus ihren AKW's; der Atomstrom war bloß ein Abfallprodukt.

In der gesamten Geschichte der Kernspaltung hat die Atomkraft immer nur der militärischen Nutzung gedient. Nachdem dem deutschen Physiker Otto Hahn 1938 erstmalig die Spaltung gelungen war, verfolgten die Nazis mit ihrem Atomprogramm einzig und allein das Ziel, eine Bombe herzustellen, mit der sie den Zweiten Weltkrieg gewinnen konnten. Als das Forscherteam um Robert Oppenheimer am 16. Juli 1945 in der Wüste von New Mexico eine kritische Masse Uran zur ersten Atomexplosion weltweit brachte, da ging es der US-Regierung in dieser bisher größten technisch-industriellen Anstrengung überhaupt nicht darum, eine neue Art Energieversorgung zu bewerkstelligen - schließlich befand man sich im Zweiten Weltkrieg. Die USA wollten mit

nein danke.

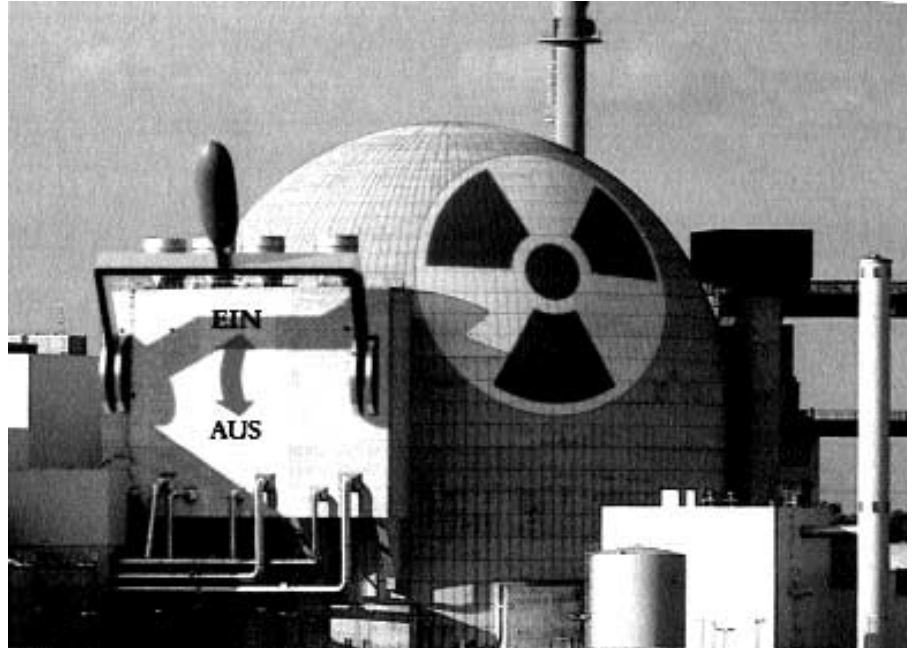
der Atombombe als unangefochtener Sieger des Krieges dastehen und sich so zur militärischen Supermacht aufschwingen.

Nicht mal einen Monat nach der Wüstenexplosion, am 6. August 1945, warf ein amerikanisches Flugzeug die Atombombe über dem Zentrum der japanischen Stadt Hiroshima ab. Als sie 600 Meter über dem Boden detonierte, starben in den Minuten darauf 70.000 Menschen, und mindestens die doppelte Anzahl folgte ihnen in den Wochen, Monaten und Jahren darauf auf qualvolle Weise. Die Stadt Hiroshima hatte - mit Ausnahme einiger Außenbezirke - aufgehört zu existieren. Selbst heute werden dort Babys als Mutationen geboren, die oft nicht überlebensfähig sind.

Und trotzdem setzte nach Hiroshima der Wettlauf um den Zugang zum nuklearen Feuer ein. Staaten, die keine Atombombe besaßen, konnten auch keine weltpolitischen Entscheidungen treffen; die blieben den Mitgliederstaaten des Atomclubs vorbehalten. Sie verfügten über ein Drohpotential, dem man sich entweder beugen oder etwas gleichwertiges entgegensetzen mußte. Der Rüstungswettlauf hatte neue Dimensionen erreicht, und der Kalte Krieg war geboren.

Und in der BRD machte das Schlagwort von der *»friedlichen Nutzung der Kernenergie«* erst die Runde, als Adenauers Versuch, die Bundeswehr offen mit einem nuklearen Waffenarsenal auszurüsten, in den 50er Jahren am Widerstand der eigenen Bevölkerung gescheitert war. Die Bewegung "Kampf dem Atomtod" war die größte Massenbewegung, die die junge Republik bis dahin erlebt hatte.

Nun stimmte der damalige Verteidigungsminister Franz-Joseph Strauß sich mit den USA ab und kam mit dem Atomprogramm in der Tasche zurück. Der Zweck zum Bau von AKW's wurde als Stromerzeugung verkauft, und worum es eigentlich ging, wurde vertuscht - die



Produktion von waffentauglichem Uran.

Auch unter einer SPD-Regierung wurde das Atomprogramm nicht aufgegeben. Ganz im Gegenteil, unter der Regierung von Willy Brandt wurde nicht nur versucht, die "friedliche Nutzung" der Atomkraft zu rechtfertigen, man erfand auch Gründe für die Durchführung "friedlicher Kernexplosionen"! Diese "friedlichen Atomexplosionen" seien zwar in der Bundesrepublik nicht akut, so der Außenminister im Juli 1968 gegenüber Pressevertretern, *»aber die technische Entwicklung wird uns schon ... in wenigen Jahren dazu führen, daß auch in einem dichtbesiedelten Land ... solche Sprengvorrichtungen für friedliche Zwecke eine Rolle spielen können.«*¹

Man kann nun darüber spekulieren, ob die Regierung es für sinnvoll hielt, die Bevölkerung etwa zur Erschließung von Bodenschätzen oder zur Beseitigung von Gebirgsbarrieren radioaktiv zu verseuchen, in Wirklichkeit versuchte man natürlich nur, Freiräume zu schaffen, in denen deutsche Ingenieure sich mit dem

zur Herstellung von Sprengsätzen und Raketen notwendigen Wissen vertraut machen konnten.

Später wurde dann versucht, deutsche Firmen in ausländischen Atomprojekten unterzubringen:

*»Die RWE-Tochter Lahmeyer verfolgte, zusammen mit Bundesinstitutionen, in Ägypten nukleare Pläne ganz besonderer Art. Die internationale Atomenergieagentur IAEA berichtete mehrfach über sogenannte 'friedliche Atomexplosionen', bei denen RWE beteiligt war. Diese Vorgänge können als der Versuch deutscher Ingenieure gewertet werden, Atomsprengeköpfe bereits in Friedenszeiten zur Verfügung zu haben und Erfahrungen mit Atomexplosionen zu sammeln.«*²

Die Euro-Bombe

Nun könnte man argumentieren, mit dem Ausstieg aus der Atomkraft werde sich die Regierung doch auch von Atombomben verabschieden. Aber auch Frankreich schaltet z.B. seinen Reaktor

Superphoenix ab. Und wenn es damit auch sein atomares Waffenarsenal aufgeben wollte, warum mußte es vor zwei Jahren noch seine Bomben auf Moruroa testen?

In einem vereinigten Europa kann man die Atombombenproduktion arbeitsteilig zwischen den einzelnen Nationen angehen. In einer Europäischen Union, so die Spekulation der neuen deutschen Regierung, braucht man für die Herstellung von Atombomben auch nicht mehr das Alibi vom Atomstrom.

Aber die Euro-Bombe ist keine neue Option. Bereits 1957 wurde im Rahmen der "Verträge von Rom" der Euratom-Vertrag unterzeichnet und vom Bundestag ratifiziert. Und heute hat Deutschland mit dem - gegenwärtig noch im Bau befindlichen - "Forschungs"-Reaktor Garching, der für waffentaugliches Uran ausgelegt ist, seinen festen Anteil an der Euro-Bombe. In Planung ist weiterhin ein deutsch-französisches Bataillon, das gemeinsam über Atomwaffen verfügt.

Deshalb mußte auch der Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Äußerungen des Außenministers Fischer (Grüne) im Dezember in Washington, die NATO müsse auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten, als Unsinn abtun - obwohl man im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen lesen kann, die neue Regierung werde sich »für den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen einsetzen.«

Aber was soll eine kapitalistische Regierung mit einer Waffe, wenn sie nicht einmal mit ihrem Einsatz drohen darf?

Wenn wir eine Welt ohne Massenvernichtungsmittel wollen, dann müssen wir den Herrschenden gehörig Zunder unterm Hintern machen; einfach eine neue Regierung zu wählen reicht da nicht.

Fußnoten:

- 1 Matthias Kuntzel: "Bonn und die Bombe", Frankfurt a.M. 1992, S. 263
- 2 Lutz Metz, Rainer Osnowski: "RWE. Ein Riese mit Ausstrahlung", Köln 1996, S. 72

Indonesien:

Der Sturz Suhartos, der Indonesien 32 Jahre lang mit brutaler Härte als Alleinherrscher regiert hatte, hat die Widersprüche der indonesischen Klassenteilung nicht vertuschen können.

Habibie, Suhartos Nachfolger, hat dem Inselarchipel zwar die Perspektive auf eine bürgerliche Verfassung mit freien und allgemeinen Wahlen bis Ende 1999 gebracht sowie einige Oppositionsparteien legalisiert, doch die klaffende Wunde zwischen Arm und Reich konnte diese Reform nicht heilen. Im Gegenteil: die Asienkrise und die Kreditaufgaben des Internationalen Währungsfonds haben die innere Pleite eines maroden Systems zutage gefördert.

Habibie und die Reformen

Habibie reagiert auf weitere Studentenproteste und Demonstrationen wie sein Vorgänger. Es wird scharf geschossen:

»15 Tote, darunter acht Studenten, brachte der "body count", das Zählen der Leichen, am Abend des 13. Novembers - Opfer eines Zusammenstoßes von Armee und Studenten. Ein Student wurde durch

Kopfschuß hingerichtet: Mord im Auftrag des Staates. Die Zeitungen sprechen nur noch vom blutigen Schwarzen Freitag.« ('Handelsblatt', 23.11.1998)

Habibie sieht sich gezwungen, die Massenbewegung der Studenten und anderer Schichten wieder einzufangen, um die Voraussetzungen für die Überwindung der Wirtschaftskrise zu schaffen. Dazu benutzt er alle Mittel.

»Habibie hatte dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Wiranto, zugleich Verteidigungsminister, den Befehl erteilt, "hart durchzugreifen."« (ebd.)

Das Militär, lange Zeit als Teilhaber der Macht und sogar Betreiber von Industriebetrieben, sieht sich in seiner Stellung bedroht. Der verfassungsrechtlich duale Machtstatus des Militärs, ABRI genannt, ist ungebrochen. Es ist geplant, der Armee im zukünftigen Parlament einen Sonderstatus einzuräumen - 55 von 550 Sitzen sollen automatisch dem Militär zukommen. Sollte es Habibie aber nicht gelingen, das Land innenpolitisch zu stabilisieren, könnte das Militär immer offener für die alte Ordnung eintreten.

Indonesien

Kurze Geschichte

Indonesien hat eine lange Geschichte der Unterdrückung hinter sich. Portugiesische und spanische Kolonialherren, die das Land seit Anfang des 16. Jahrhunderts ausgebeutet haben, wurden von niederländischen Imperialisten verdrängt.

Die holländische "Vereinigte Ostindische Compagnie" verwaltete das Land und nahm es unerbittlich aus. Als der Compagnie die Kontrolle aus den Händen zu gleiten drohte, erklärten die Niederlande die große Inselgruppe offiziell zu

'Niederländisch-Indien'.

Der wachsende britische Imperialismus versuchte, den Niederlanden das Inselarchipel streitig zu machen, doch wurde es nach fünf Jahren britischer Herrschaft (1811-16) von Holland zurückerobert.

Erst am Anfang dieses Jahrhunderts bildeten sich Parteien, die gegen die direkte Fremdherrschaft über Indonesien eintraten. Die wichtigste Partei war die Indonesische Nationalpartei (PNI) von Sukarno.

Im zweiten Weltkrieg wird Indonesien für drei Jahre von der japanischen Militärmaschinerie überrollt. Die Niederlage Japans nutzen die bürgerli-

'Reformasi' am Ende?

★ MARGIT BEHREND S



chen Unabhängigkeitskämpfer zur Ausrufung eines eigenen Staates.

Diese Bewegung wird gewalttätig von den niederländischen Bossen niedergeschlagen. Ende 1949 verzichten sie aber auf weitere direkte Ansprüche auf Indonesien.

Sukarno wird Präsident und führt das Land in die außenpolitische Isolation. 1965 wird Indonesien von einer schweren Wirtschaftskrise erschüttert, die General Suharto dazu veranlaßt, einen erfolgreichen Staatsstreich durchzuführen. Sein Vorwand für diesen Putsch war eine angebliche kommunistische Verschwörung.

Im Zuge seiner Machtübernahme werden Tausende Linke, Oppositionelle und Intellektuelle ermordet.

Wirtschaftlich setzt Suharto mit vorläufigem Erfolg auf den liberalen Markt. Das Land erlebt einen rasanten Aufschwung, doch politisch wird jede oppositionelle Meinungsäußerung unterdrückt.

Suharto und sein Familienclan bereichern sich maßlos. Suharto soll im Laufe seiner Amtszeit bis zu 40 Mrd. US-Dollar zusammengestohlen haben. Anders als etwa Pinochet in Chile, der im Auftrag einer Oligarchie handelte, war Suharto ein Alleinherrscher im

eigentlichen Sinne, der seine Familie begünstigt und sich selbst bis endlos bereichert hat. Das Parlament wurde vollständig von Suharto kontrolliert.

Mit der Wirtschaftskrise von 1998 entwickelt sich spontan eine kämpferische Bewegung von Studenten und anderen Teilen des Volks. Terror und Unterdrückung können Suharto nicht mehr an der Macht halten.

Sein Nachfolger, Habibie war seine langjährige rechte Hand. Er hat freie Parlamentswahlen bis Ende 1999 versprochen.

Übergriffe auf Minderheiten

Um von seinem eigenen Unvermögen abzulenken, hat der Staat immer wieder blutige Pogrome gegen Minderheiten wie Chinesen und zuletzt Christen organisiert. Teilweise geht das Ablenkungsmanöver und die Sündenbockstrategie der Herrschenden auf, da sie sich gegen vermeintlich privilegierte Teile der Bevölkerung richten.

Die Studentenbewegung

Die Studentenbewegung sieht sich als Spitze einer Bewegung für Demokratie und soziale Sicherheit, jedoch ist sie

» ... *emotional geprägt, politisch inkonsistent und ohne Führung.*« (ebd.)

Um ihre Ziele zu erreichen und eine mögliche Konterrevolution durch das

Militär oder die starken Islamisten zu verhindern, muß die Bewegung versuchen, ihre Basis auszudehnen. Teilweise handeln und demonstrieren sie schon zusammen mit Arbeitern und anderen Kräften.

Zusätzliche Unterstützung könnten die Studenten von den unterdrückten Nationen wie Osttimor und Irian Jaya erhalten, wenn sie deren Autonomieforderungen unterstützen würden.

Die bürgerliche Opposition

Es gibt zwei große bürgerliche Oppositionskräfte, die Habibie beide drängen, die Wahl auf Mai 1999 vorzuziehen. Beide Parteien genießen das Vertrauen von Millionen Indonesiern, doch beide haben den Hungernden, den verarmten Massen, den Arbeitern und den Studenten

nichts anzubieten. Beide sehen sich zwar als gegen die alte Ordnung gerichtet, doch sind sie der Klassenteilung und der liberalen Wirtschaftspolitik verpflichtet.

Die Parteien sind: die Demokratische Partei Indonesien, angeführt von der Tochter des Staatsbegründers Sukarno, Megawati Sukarnoputri sowie die starke islamische Nationale Madantpartei des Moslemführers Amien Rais.

Sollte Habibie sich nicht zum Dikator aufschwingen oder gar das Militär die Macht an sich reißen, sind sie die wahrscheinlichsten Anwärter auf die Macht. Doch die wirtschaftlichen Probleme mit Armut und Hunger werden sie nicht unter Kontrolle bekommen. Genausowenig, wie die Wut und die Hoffnung der Massen auf Veränderungen.

*Indonesien:
Der nächste Schritt der
Revolution*

★ JOHN REES AUS JAKARTA

Krawalle, Demonstrationen, Streiks und Proteste sind jetzt alltäglich in Indonesien. Allein hier in Jakarta gehen die Studenten - die im Mai den Sturz der Suharto-Diktatur erreicht haben - jeden Tag auf die Straße und fordern den Rücktritt von Präsident B. J. Habibie, Suhartos auserwähltem Nachfolger. Sie verlangen auch ein Ende der sogenannten "dualen Funktion" der riesigen militärisch-industriellen Maschinerie, ABRI. Diese ermöglichte es dem Militär, das Rückgrat des Suharto-Regimes zu werden.

Aber die Studenten sind nicht die einzige Kraft, die gegen die neue Regierung protestiert: Gewalttätige Demonstranten, hauptsächlich Teile der verarmten Stadtbevölkerung, gehen täglich auf die Straßen des Landes. Ihre Anzahl hat sich vergrößert, da die Arbeitslosigkeit seit Juli 1997 um 100% zugenommen hat. Ihre Verarmung wurde durch die Hyperinflation beschleunigt. Sie leiden Hunger.

Das Lebensmittel- und Landwirtschaftsministerium berichtet, daß etwa 17 Millionen Familien (oder 68 Millionen Menschen von einer Gesamtbevölkerung von 200 Millionen) von »äußerster Lebensmittelknappheit betroffen sind«. In Zentral- und Ostjava, der reichsten und am dichtesten bevölkerten Insel des Archipels, leben etwa

★ 17,5 Millionen Menschen von einer Mahlzeit am Tag. Weitere 38 Millionen nehmen täglich zwei Mahlzeiten zu sich. Aber diese »Möglichkeiten nehmen rapide ab«, berichtet das Ministerium. Trotzdem bleibt Indonesien eine Gesellschaft, in der die kapitalistische Industrie die soziale Landschaft prägt. Die Reichen setzen ihr Leben fort: sozial gesehen sind sie eine Galaxie entfernt, geographisch nur einige Meter.

Während er weiter die Wirtschaft Indonesiens auspreßt, mahnt sogar der IWF, die Regierung müsse sofortige Schritte unternehmen, um weitere Preiserhöhungen von Reis und Grundnahrungsmitteln zu verhindern.

Die 'Jakarta Post' berichtet, daß in ganz Ostasien »die Wut des Volkes politisches Handeln unmöglich macht. Politische Entschlüsse werden von einem Tag zum anderen gefällt und können große politische Kämpfe entfachen.« Die Angst vor Unruhen wird nur manchmal ausgesprochen, sie ist aber bei jeder offiziellen Ansprache allgegenwärtig.

Aber viele Arbeiter und städtische Verarmte können nicht länger warten. Derweil versuchen die Regierung und der IWF die Quadratur des Kreises und setzen auf liberal-marktwirtschaftliche Reformen. Gleichzeitig versuchen sie, "Unruhen zu vermeiden". Bei Krawallen und Plünderungen in Bondowoso, Ostjava, Mitte September, wurde ein Mensch von der Armee getötet, als die Masse eine Reismühle und Geschäfte mit Grundnahrungsmitteln stürmte. In

Malang, Ostjava, wurden fünf Menschen verletzt, als sie 50 Tonnen Reis aus einem Kaufhaus plünderten. Sie nahmen bei einer anderen Aktion auch 1.500 Hühner, sechs Fernseher und einen Mini-LKW mit. In Banyuwangi wurden sechs Leute verhaftet, weil sie Teakbäume gefällt haben (Teil der 100.000 Teakbäume, die in den letzten Wochen illegal gefällt wurden), aber sie wurden von einer Menschenmenge befreit, die drohte, die Polizeistation, wo sie festgehalten werden, anzuzünden.

Die Schwäche dieser Unruhen und der Studentenbewegung ist, daß sie keinen organisatorischen Zusammenhalt haben. Keine gemeinsame Organisation leitet die Erhebungen, und noch immer führt keine gemeinsame Organisation die Studentenkämpfe. Hunderte von Aktivistenkomitees rufen zu Protesten auf, oft am gleichen Tag und in der selben Stadt, manchmal liegen nur einige Stunden oder einige hundert Meter dazwischen.

Aber in Medan auf der Insel Sumatra passierte etwas, das zeigt, wie die Bewegung in zukünftigen Kämpfen zusammengeführt werden kann. Die Arbeiter der öffentlichen Verkehrsbetriebe streikten zur gleichen Zeit, wie Studenten gegen ABRI protestierten. Die Fahrgäste, die nicht zur Arbeit gehen konnten, plünderten und randalierten. Es war das erste Mal, daß die verschiedenen Elemente, die gegen das Regime sind, miteinander agiert haben. Das Ereignis war spontan, aber die Aktion der Arbeiter war gut organi-

PKK am Ende?

★ HANS BENRATH

Nun ist er also wieder auf (fast) freiem Fuß, Abdullah "Apo" Öcalan, der Führer der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan). Zur Erinnerung: Öcalan war einer Einladung italienischer Abgeordneter folgend nach Italien eingereist und dort direkt aufgrund eines deutschen Haftbefehls (wegen diverser Morde an Abtrünnigen und politischen Konkurrenten) verhaftet worden. Öcalan wird von der deutschen Staatsanwaltschaft vorgeworfen, persönlich "Aktionen" gegen abtrünnige PKK-Mitglieder in Deutschland in Auftrag gegeben zu haben.

siert. Sie bezogen jugendliche Arme in die Kämpfe mit ein, die dann die wenigen Streikbrecher, die mit ihren Fahrzeugen auf der Straße auftauchten, verjagten. Die Arbeiter handelten als sicherer Kern der Aktion. Wenn dieses Beispiel verstanden wird und sich ausweitet, wird die Regierung Habibie qualitativ unsicherer dastehen.

Die einzige effektive Kraft, die das Regime noch herausfordern kann, ist die Arbeiterklasse.

Das Schicksal der Indonesischen Revolution hängt davon ab, ob sich eine effektive Führung innerhalb der Arbeiterklasse herausbilden kann, die sich weiter um Forderungen der Arbeiter organisiert: Arbeiterkontrolle der Wirtschaft, Lebensmittel für die Hungernden, Arbeit für die Arbeitslosen u.a.

Die indonesische Arbeiterklasse hat im Mai 1998 bei Null angefangen. Jetzt wachsen überall Gewerkschaftsvereinigungen. Sozialisten, viele von ihnen Studenten, gehen in die Arbeiterklassen- und Armenviertel, um dort zu organisieren. Während die bürgerlichen Führer die Erwartungen, die durch Suhartos Sturz geweckt wurden, enttäuschen, beginnen einige Sozialisten, auf die marxistische Tradition zu schauen und fangen an zu verstehen, wie eine demokratische Revolution hinüberwachsen kann in eine sozialistische. Von ihrem Voranschreiten wird das Schicksal der indonesischen Revolution abhängen. ★

Womit die italienische Regierung jedoch nicht gerechnet hatte, war, daß die deutsche Regierung kein Interesse an einer Auslieferung Öcalans an Deutschland hatte und deswegen auch keinen Auslieferungsantrag stellte.

Während Bundeskanzler Schröder das dann auch seinem italienischen Regierungskollegen persönlich mitteilte, nutzte Öcalan die Publicity, um auf die türkischen Verbrechen gegen die kurdische Minderheit in der Türkei hinzuweisen und für eine friedliche Lösung des Kurdistan-Konfliktes zu werben.

In der Türkei und in den USA liegen ebenfalls Haftbefehle gegen Öcalan vor, aber laut italienischem Recht ist die Auslieferung eines Gefangenen in ein Land, wo diesem die Todesstrafe drohen könnte, verboten. Dies erzürnte natürlich die türkische Regierung, und die dortige Presse schoß sich auf die "feigen Italiener" ein.

Da Deutschland - angesichts der zu erwartenden kurdischen und türkischen Demonstrationen und Aktionen - Öcalan nun doch nicht mehr will und die Türkei ihn wie gesagt nicht kriegen darf, hat Italien ihn auf freien Fuß gesetzt, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann er Italien verlassen darf. Wobei die Frage ist, wohin er gehen kann und/oder will.

Worum geht es eigentlich wirklich? Öcalan hat erkannt, daß der Kampf für die Befreiung der Kurden militärisch nicht gewonnen werden kann.

Dazu kommt, daß in die PKK-Führung viele neue Köpfe mit eher gemäßigten Ansichten hineingewachsen sind. Öcalan ist für viele zwar noch das Symbol schlechthin für den kurdischen Befreiungskampf, aber Symbole haben nicht immer viel zu sagen...

Natürlich haben die Kurden das Recht auf nationale Unabhängigkeit, wenn sie wollen, auch in einem eigenen Staat. Aber dies alleine würde für uns nicht das Ende unserer Überlegungen darstellen. Diese nationale Befreiung soll nur die Möglichkeit schaffen, damit die kurdischen Arbeiter gegen ihre Bourgeoisie vorgehen können, wenn die Arbeiter und Kapitalisten "zusammenschweißende" Unterdrückung von außen fehlt. Außerdem könnte das die Selbstbefreiung der türkischen Arbeiter von ihrem scheinemo-

kratischen Regierungsapparat vorantreiben.

Nach außen hin gibt sich die PKK einen kommunistischen Touch (ihr stalinistischer Aufbau zeigt u.a., wie das gemeint ist), nach innen wurde den kurdischen Großgrundbesitzern schon angekündigt, daß, sollten sie heute den Kampf der PKK unterstützen, sie auch nach dem Sieg ihre Pfründe behalten dürfen.

Später überraschte Öcalan mit dem Angebot an die türkische Regierung, dem Kampfe abzuschwören, der PKK im Notfall einen neuen Namen zu geben und in das türkische Parlament einzuziehen.

Hier sieht man die Gemeinsamkeit mit z.B. den "nationalen Befreiern" in Kuba, es geht nur darum, die "eigene" Arbeiterklasse selbst ausbeuten zu können.

Natürlich ist Öcalan kein Terrorist, sondern ein Widerstandskämpfer, so wie einst z.B. Arafat.

Natürlich ist die PKK keine Verbrecherbande, wie uns die türkische Regierung immer weismachen will, sondern eine legitime Befreiungsgruppe zur Befreiung der Kurden vom türkischen Joch.

Trotzdem dürfen wir aber nicht den Fehler machen, die PKK unkritisch zur einzigen konsequent für Kurdistan eintretenden Partei zu machen. Öcalan hat sich immer bemüht, die Gründung anderer kurdischer Befreiungsorganisationen zu verhindern und später deren Arbeit zu erschweren.

Er hat auch nie das Bündnis mit anderen Gruppen gesucht, die Befreiung der Kurden war für ihn allein Sache der PKK.

Und tatsächlich ist sie zur Zeit noch für viele Kurden "ihre" Partei und Interessensvertretung, so daß das PKK-Verbot in Deutschland aufgehoben gehört und in der Türkei ein friedlicher Dialog mit den Kurden beginnen muß, um das Blutvergießen zu beenden.

Dazu muß auch die Waffenhilfe seitens Deutschlands an die türkische Regierung eingestellt werden und die Abschiebung der kurdischen Flüchtlinge in Folter und Mord.

Deshalb:

**PKK-Verbot aufheben
Stopp der Abschiebungen
Freiheit für Kurdistan
Kampf für internationalen Sozialismus
Reisefreiheit für Öcalan**

EINE WIDERSPRÜCHLICHE WELT



Wie funktioniert Geschichte?

★ THOMAS MAI

Der Marxismus, der die Grundlage einer jeden revolutionären Partei sein muß, besitzt drei gleichwichtige Grundpfeiler, die politische Arbeit und Analyse überhaupt erst ermöglichen.

Der erste ist die marxistische Ökonomie, die uns die Analyse des täglichen Kapitalismus erlaubt, der zweite ist das revolutionäre Subjekt, die Arbeiterklasse bzw. ihr Kampf gegen die Klasse der Bourgeoisie.

Der dritte soll in dieser Einführung beschrieben werden: die marxistische Philosophie.

Beim Begriff Philosophie schrecken viele Menschen zurück, da man mit ihm schnell Universitätsprofessoren und deren abgefahrenes und abgehobenes Schwaffen über höchstkomplizierte Sachverhalte assoziiert.

Auch wenn diese überaus gutverdienenden Beamten noch ein paar hundert Fremdwörter hineinstricken, so müssen sie doch der Definition vom Begriff Philosophie zustimmen, die lautet, daß sie *»die allgemeine Vorstellung von der Welt und der Beziehung des Menschen zur Welt«* ist.

Somit besitzt jeder von uns eine Philosophie, denn selbst, wenn er nur verkiffert zu Hause rumhängt, so hat er doch Ideen, um sich die Welt zu erklären; allerdings - und das sei bereits jetzt gesagt - sind diese Erklärungsmuster Reflexionen über die Welt, ausgelöst von der Welt.

Religion

Aber fangen wir vorne an:

Der Mensch war Jahrtausende in der Natur beheimatet, wie es jedes Tier ist. Mit immer komplizierteren Arbeitsprozessen entwickelte sich auch sein Gehirn, und er kam in die Lage, seine Situation in dieser Natur zu erkennen, über die Umwelt und sich selber zu reflektieren. In diesem frühen Stadium der menschlichen Entwicklung gab es nichts, was unserem Begriff von Naturwissenschaft gerecht wäre.

Das Begreifen seines Ursprungs war so gut wie unmöglich, Wissen über den eigenen Körperbau gab es nicht, und was liegt hier näher, als das durch das eigene Gehirn ermöglichte Denken auf eine dem Menschen inwohnende Seele zurückzuführen und Naturkräfte (Regen, Feuer oder Erdbeben) zu personifizieren, Götter aus ihnen zu machen: *»Die Religion ist entstanden zu einer sehr waldursprünglichen Zeit, aus mißverständlichen, waldursprünglichen Vorstellungen der Menschen über ihre eigene und die sie umgebende äußere Natur.«*¹

Nach diesen Naturreligionen entstanden sogenannte Nationalreligionen, mit auf die jeweiligen Lebensbedingungen abgestimmten Göttern. Erst mit dem römischen Weltreich, das ein großes Territorium besaß und dessen innerer Zusammenhalt durch eine Staatsreligion gefestigt werden mußte, wurde das Christentum etabliert.

Aber schon vorher, mit der Entstehung der Klassengesellschaften, trat eine Veränderung der Aufgabe von Religion ihren geschichtlichen Werdegang an: sie erhielt politische Bedeutung. Im römischen Kaiserreich wurden die obersten Herrscher z.B. in den Kaiserkulten als Götter oder Menschen göttlicher Herkunft verehrt. Der sich später ausbreitende Feudalismus legitimierte sich ausschließlich durch die Religion: Fürsten und Könige waren Fürsten und Könige *von Gottes Gnaden*. Zudem war

das Himmelreich das, worauf sich das verelendete Volk nach seinem unwürdigen Leben freuen konnte.

Die - wenn man so will - "naturwissenschaftliche" Erklärung natürlicher Phänomene war die Auffassung, daß die Triebfedern für sie letztlich in äußeren Kräften liegen, die getrennt von der Materie sind und im Reich der Ideen liegen.

Idealismus

Die Religion ist nur eine Form des Idealismus, der den Geist und somit irgendeine schöpferische Idee über die Materie, die Welt selber stellt und annimmt, daß die Welt diese Idee wieder spiegelt. Der Mensch selbst hat - wenn überhaupt - nur sehr begrenzten Einfluss auf elementare Dinge.

Dies ist die "ursprüngliche Form" des Idealismus, der sich meist durch seine irgendwie geartete Religiosität von anderen, "modernerem" Formen des Idealismus unterscheidet, wie zum Beispiel von diversen Sozialpazifisten (meist Sozialdemokraten), die zunächst den Kapitalismus mit "menschlichem Antlitz" und einen daraus entspringenden, wie auch immer gearteten Sozialismus propagieren.

Im 17. und 18. Jahrhundert begann auf dem europäischen Kontinent durch das Wachstum der Produktivkräfte auch eine Entwicklung der Naturwissenschaften (Physik, Ansätze der Evolutionstheorie), die wiederum eine Verbesserung der wirtschaftlichen Produktionskräfte mit sich brachte, welche auch die Forschung förderte. Diese Produktionskräfte ermöglichten und beschleunigten die Entwicklung des städtischen Bürgertums zur Klasse der modernen Kapitalisten. Diese fortschrittliche gesellschaftliche Kraft trat in Konkurrenz mit der feudalen Gesellschaft und somit auch mit deren philosophischer Grundlage, dem Idealismus.

Der Materialismus entstand. Dieser

betrachtet die Welt aus der Sichtweise, daß alle Ideen des Menschen ihren Ursprung in der Welt haben, also die Widerspiegelungen dieser Welt sind: *»Das Denken ist aus dem Sein, aber das Sein ist nicht aus dem Denken.«*²

Dessen unausgereifte, damalige Erscheinungsform war die des mechanischen Materialismus, der die inneren Funktionsgesetze der natürlichen Welt aufzeigte und ihre Funktionsfähigkeit beweisen konnte. Zurückzuführen waren diese Fortschritte insbesondere auf oben angedeutete naturwissenschaftliche Neuerungen.

Dieser Materialismus besaß jedoch zwei entscheidende Schwächen: Erstens muß eine Maschine - als die die materielle Welt verstanden wurde - von *irgendetwas* in Gang gesetzt werden wie ein Uhrwerk. Schon landete man wieder bei etwas Gottartigem. Zweitens war er außerstande, die in der Welt vorgehenden Veränderungen zu erklären, da ein Hauptmerkmal einer Maschine schließlich ihre konstante, sich immer wiederholende Arbeitsweise ist.

Über diese starre Sichtweise kam auch der Linkshegelianer Feuerbach nicht hinaus. Er war der radikalste Vertreter der Nachfolger Hegels und unterzog dessen Religiosität, seinen Idealismus, einer radikalen Kritik.

Er kam zu dem Schluß, daß die Unfreiheit des Menschen darin besteht, daß er sich selber seines menschlichen Geistes beraubt, indem er sich von der Religion einreden läßt, daß dieser Geist Gott ist. Wenn er diesen Raub rückgängig gemacht hat, ist er wieder frei.

Feuerbach leugnete damit die wirklichen Unfreiheiten des wirklichen Lebens, denn sie existierten bei ihm ja eigentlich nur im Kopf der Menschen.

Dialektik

Wie bereits gesagt: der Materialismus stellte den richtigen Bezug zwischen Welt und Ideen her, indem er die nicht-materiellen Dinge, das Denken des Menschen, auf materielle Dinge, seine Umwelt und die Natur zurückführte. Er blieb aber in dieser Vorstellung gefangen und beharrte auf einer starren Weltsicht.

Die geschichtliche Weiterentwicklung zu begreifen, war der Materialismus bis Marx nicht imstande.

Die philosophische Theorie, die die Veränderung selbst untersucht, wurde von Hegel wiederentdeckt, nachdem derartige Überlegungen bereits von den

Griechen der Antike entwickelt wurden.

Hegel, der 1770 geboren wurde und so die enormen gesellschaftlichen Umwälzungen der französischen Revolution erlebte, verwarf angesichts solcher Erfahrungen die Theorie von der statischen, unbeweglichen menschlichen Gesellschaft.

Hegel ging davon aus, daß der "Jetzt-Zustand" einer Sache - der menschlichen Gesellschaft - nicht in erster Linie aus der Gegenwart erwächst, sondern sondern aus einem langen Entwicklungsprozeß heraus entsteht.

Die Ergebnisse seiner Untersuchungen:

1. Die Negation der Negation

Hegel entdeckte als die entscheidenden (gesellschaftlichen) Triebkräfte die Widersprüche, die in allen Dingen von Beginn an angelegt sind. Das wohl beliebteste Beispiel ist das des Samens, der von Beginn seines Wachsens an die Perspektive hat, einmal ein großer Baum zu werden. Der Baum ist die Verneinung, die Negation des Samens, genau wie der Samen die Negation des Baums ist. Sie beide sind die Negation der Negation.

Wir sehen also, das die in einer Sache oder einem ganzen System verankerten Gegensätze die Kräfte sind, die Entwicklung und Veränderung der Sache bewirken und die von uns wahrgenommene Realität nicht statisch, sondern nur durch ihre Bewegung wahrzunehmen ist.

2. Umschlagen von Quantität in Qualität

Diese oben angesprochenen Negationen erfolgen jedoch nicht in einem gleichmäßigen Prozeß.

Ab einem bestimmten Alter ereilt viele Männer das Schicksal, daß ihre Haare anfangen auszufallen. Sieht man diese Personen häufiger, so wird es keinen Unterschied machen, ob er nun 10 Million oder 9,6 Millionen Haare hat. Irgendwann aber hat der Arme für alle erkennbar eine Glatze oder zumindest eine Halbglatze. Die Häufigkeit, die Quantität des Haarausfalls ist in eine sichtbare neue Qualität umgeschlagen. Die vielen kleinen Veränderungen haben zum Umschlagen, zur Negation der alten Qualität geführt, die für uns jetzt erkennbar werden.

Angewendet auf die menschliche Gesellschaft waren die Erkenntnisse Hegels revolutionär, denn sie zeigten, daß Wechsel und Entwicklung in der menschlichen Geschichte von Beginn an



angelegt sind.

Aus der Gegenwart betrachtet ist die Geschichte des Menschen daher weder wegen ihrer möglichen Primitivität zu belächeln noch wegen ihrer Brutalität zu verdammern. Sie ist kein ungeordnetes Kauderwelsch, sondern ein Prozeß, der durch seine innere widersprüchliche Gesamtheit einen konstanten Wechsel erfährt.

Das ist auch genau der Grund, warum Herrschende auf den Begriff Dialektik gut verzichten können, denn Veränderung bedeutet für sie in letzter Konsequenz immer Machtverlust.

Hegel scheiterte letzten Endes an seinem Idealismus. Er nahm an, daß Veränderung durch das Drängen des Menschen zur Verschmelzung des Menschen mit der von Gott geschaffenen Welt zu erklären sei.

Außerdem war die jeweils erreichte dialektische Entwicklungsstufe dadurch legitimiert, daß sie schon die allem innewohnende göttliche Vernunft besaß, somit auch der preußische Militärstaat seiner Zeit: er existierte und war wegen seiner Existenz vernünftig!

Dennoch war seine dialektische Methode grundlegend für Marx' historischen Materialismus.

Marx selber hat nie behauptet, daß er eine gänzlich neue Philosophie entworfen hat.

Er hat die beiden Richtungen des Materialismus und der Dialektik miteinander verknüpft. Dies führte ihn zu dem Satz *»Es ist das gesellschaftliche Sein, das das menschliche Bewußtsein bestimmt.«* Man sieht, daß er hier sowohl Feuerbach als auch Hegels Dialektik Rechnung trägt.

Die Betonung liegt hier auf *»gesell-*

schaftlichem« Sein. Das, was das Bewußtsein bestimmt, ist nicht von der Natur gegeben, sondern vom Menschen selber geschaffen und entwickelt worden.

In der Natur herrscht in der Regel ein striktes Selektionsprinzip, das die jeweils am besten angepaßten Arten überleben läßt. Damit, daß der Mensch anfang, sich die Natur nach seinen Bedürfnissen hin zu verändern, Ackerbau zu treiben usw., klinkte er sich aus diesem Selektionsprinzip aus.

In der Natur liegt offensichtlich die Dynamik, also die Weiterentwicklung der Arten, in diesem Selektionsprinzip, daß zum Beispiel eine Ente mit größeren Schwimmhäuten überleben läßt, während ihre Konkurrentin nicht überlebt, da sie nicht schnell genug vor ihren Feinden flüchten kann. Somit hat die Mehrzahl der Nachkommen dieser Entengeneration größere Schwimmhäute.

Wo also ist, wenn dieses Prinzip für den Menschen untauglich geworden ist, da er beispielsweise durch die Zähmung von Pferden nicht mehr ausschließlich von angeborenen Faktoren abhängig war, diese Dynamik verankert?

In eben jener Arbeit, die den Menschen von der Natur trennte. Explizit in der gesellschaftlichen Produktion liegt die materielle Grundlage für die Dynamik.

Nachdem es dem Menschen gelungen war, seine grundlegenden materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, konnte er seine gesellschaftliche Produktion weiter entwickeln:

»Das Bedürfnis nach Nahrung als solcher wird zum Bedürfnis nach Nahrung einer bestimmten Qualität. Das Bedürfnis nach Kleidung entwickelt sich von einem Bedürfnis nach Häuten und Fellen zum Bedürfnis nach

Geld, um sich bereits fertige Kleidung in Läden zu kaufen.«³

Er konnte aber auch erst, nachdem er für die Sicherheit auf materieller Ebene gesorgt hatte und den Kampf gegen die Umweltbedingungen für sich entschieden hatte, Staaten gründen, Kunst schaffen oder höherentwickelte Sprachen erarbeiten.

Die jeweilige Produktionsweise, auf die die menschlichen Bedürfnisse befriedigt werden, nannte Marx den ökonomischen Unterbau mit rechtlichem, philosophischen, kulturellem usw. Überbau. Allerdings ist die Ökonomie nicht das einzig Bestimmende. Sie ist die Basis, die die Wechselwirkungen der anderen Faktoren ermöglicht. In einem dialektischen System liegen die Grundlagen eines Faktors im Ganzen, und das Ganze ergibt sich aus den verschiedenen Faktoren.

Es ist also die gesamte menschliche Entwicklung untrennbar mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbunden. Die jeweiligen Produktivkräfte selber bedingen die jeweiligen Produktionsverhältnisse, die Gesellschaftsform also, in der sich Produktionsmittel und Arbeitskraft verbinden.

In den Urgesellschaften wurde die Arbeit unter allen Mitgliedern eines Stammes aufgeteilt, damit der Stamm überhaupt überleben konnte. Die Produktivkräfte waren nicht so weit entwickelt, um ein Mehr an Waren zu produzieren, daß sich jemand hätte aneignen können. Dieser Teil der Menschheitsgeschichte ist der bis heute mit Abstand längste.

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte entwickelte sich ein Mehrprodukt, daß zunächst sehr gering war und nicht das Wohl der gesamten Gesellschaft verbessern konnte. Es bildeten sich gesell-

schaftliche Leitungspositionen, die von diesem Mehrprodukt unterhalten wurden, es sich jedoch später aneigneten. Die Teilung der Gesellschaft in Klassen war "perfekt".

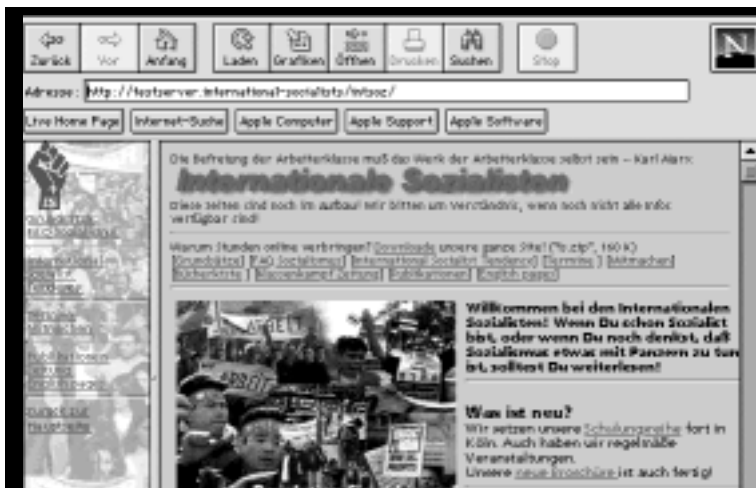
Der Sklave gehörte seinem Halter, wie das Land und die Werkzeuge mit denen er arbeitete. Er bekam einen "Lohn" in Form von Nahrung, Unterkunft und Kleidung.

Im heutigen Kapitalismus hat der Arbeitnehmer rechtliche Freiheiten, die seine Existenz von der des Sklaven deutlich unterscheiden, allerdings ist ihre Stellung in den Produktionsverhältnissen sehr ähnlich: sie besitzen den einen Teil, der die Produktivkräfte ausmacht: die Arbeitskraft. Den anderen Teil, die Produktionsmittel (also Felder und Kupferminen bzw. Fabriken und Firmen) jedoch besitzt bzw. besaß eine kleine Minderheit.

Der Sklave wurde mit Folter und Tod gezwungen zu arbeiten; der heutige Arbeiter hat keine Alternative, als eine Beziehung mit einem Unternehmer einzugehen, der Profit mit ihm erwirtschaften kann, sieht man Arbeitslosigkeit nicht als Alternative an.

Da sowohl Sklave als auch Arbeiter gemein haben, daß ihnen der Zugang zu den Produktionsmitteln verwehrt wird, nannte Marx den heutigen Kapitalismus auch Lohnsklaverei.

Genau wie das geringe gesellschaftliche Mehrprodukt eine Sklavenhaltergesellschaft förderten, förderte die wachsende Industrialisierung das Aufkommen des Bürgertums und den Zerfall der absolutistischen Königreiche. Dieser Verfall ging durch das Umschlagen der zunehmenden ökonomischen Macht des Bürgertums in politische Macht via Revolution, wie in Frankreich, vor sich.



Besucht die IS im
World Wide Web
Die IS im INTERNET
WWW.netcologne.de/~nc-byrne/fr/

Es waren also ökonomische Fortschritte, die in den alten Systemen herangereift waren und zur Negation eben dieser führten. Ihre zunehmende Quantität schlug um in eine neue politische Qualität.

Die menschliche Urgesellschaft trug ihre Negation mit der Entwicklung der Produktivkräfte genauso in sich, wie jede weitere Gesellschaftsform ihre Widersprüche mit ihrer jeweils fortschreitenden produktiven Technik in sich trug und trägt. Das gilt besonders für den Kapitalismus der die sich mit ihm entwickelnde Arbeiterklasse benötigt, die ihn aber auch stürzen kann:

»Wenn das Proletariat die Auflösung der bisherigen Weltordnung verkündet, so spricht es nur das Geheimnis seines eigenen Daseins aus, denn es ist die faktische Auflösung dieser Weltordnung. Wenn das Proletariat die Negation des Privateigentums verlangt, so erhebt es nur zum Prinzip der Gesellschaft, was die Gesellschaft zu seinem Prinzip erhoben hat, was in ihm als negatives Resultat der Gesellschaft schon ohne sein Zutun verkörpert ist.«⁴

Auch die heutige Gesellschaft und das Leben im globalen Kapitalismus werden von Widersprüchen bestimmt.

Einerseits hat sich die Lebensspanne der Menschen in den letzten 30 Jahren um durchschnittlich 10 Jahre verlängert, was in erster Linie auf Fortschritte in der landwirtschaftlichen Produktion und der Medizin zurückzuführen ist.

Andererseits gab es seit dem 2. Weltkrieg (ihn nicht mitgerechnet) 129 Kriege mit über 23 Millionen Toten, womit dieses Jahrhundert doppelt so tödlich wie das letzte und sieben mal so tödlich wie das 18. Jhd. war.

Während die Zahl von Ärzten in der

Zeit von 1960 bis 1990 von 1,6 auf 5,7 Millionen zunahm, nahm die Zahl bewaffneter Streitkräfte ebenfalls zu: sie stieg von 18 auf 26 Millionen.

Während die Wirtschaft im reichsten Land der Welt, den USA floriert, sinken seit 1973 die Löhne.

Der Besitz der drei reichsten Männer der Welt übersteigt zusammengenommen das Bruttoinlandseinkommen der 48 ärmsten Länder der Welt. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Bildung und Gesundheit in den sogenannten Entwicklungsländern würde so viel kosten, wie die Einwohner der USA und der EU jährlich für Parfum ausgeben.⁵

Wenn wir hinsehen wollen, stellen wir also fest: paradox.

Der Kapitalismus hat ein so immenses Potential an Produktivität eröffnet, wie es die Erde noch nie gekannt hat. Seine Produktivkräfte würden eine weltweite solidarische Produktion und Verteilung erlauben. Allerdings haben die Produktionsverhältnisse den Zeitpunkt bis zu dem sie den Fortschritt förderten, längst überschritten. Die Produktivkräfte sind längst in Konflikt mit den Produktionsverhältnissen geraten, dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem sie herangereift sind und das sie letztlich überflüssig machen.

Die herrschende Philosophie ist die, daß sich am besten jeder seine eigene zusammenbasteln sollte, die ohnehin vom herrschenden Bewußtsein geprägt ist oder ins Mystische abschweift.

Die herrschende Herangehenseise an oben genannte Probleme und andere ist rein formalistisch: in den Nachrichten wird keine Verbindung zwischen Selbstmordrate und Armut, Alkoholismus und der Arbeitslosenrate

gezogen.

Jeder Aspekt wird isoliert betrachtet, und es wird suggeriert, daß sie jetzt halt so im Raum stehen aber mit geschichtlichem Wachsen oder den ihnen zugrundeliegenden Widersprüchen nichts zu tun haben.

Der Widerspruch, der grundlegende Gegensatz des gesamten kapitalistischen Systems, nämlich daß Kapitalisten im Besitz von Produktionsmitteln sind und über sie bestimmen und daß Arbeiter dies nicht tun und ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, ist nach wie vor vorhanden und drängt nach Auflösung. Mit der Dialektik haben wir ein Instrument der Analyse, daß uns helfen wird, wenn Arbeiter aufstehen, um den Widerspruch des Systems zu beseitigen.


»Alles, was im Bereich der Menschgeschichte wirklich ist, wird mit der Zeit unvernünftig, ist also schon seiner Bestimmung nach unvernünftig, ist von vornherein schon mit Unvernunft behaftet; und alles was in den Köpfen der Menschen vernünftig ist, ist bestimmt wirklich zu werden, mag es auch noch so sehr der bestehenden scheinbaren Wirklichkeit widersprechen.«⁶

Fußnoten:

- 1 Friedrich Engels: "Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie"
- 2 Ludwig Feuerbach: "Wesen des Christentums"
- 3 John Molineux: "Ist das Wesen des Menschen ein Hindernis für den Sozialismus?"
- 4 Karl Marx "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung"
- 5 siehe Jahresberichte der UNDP und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen (UN)

Klassenkampf

Der Klassenkampf ist DEINE Zeitung!



ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO

Jahresabo (6 Ausgaben) DM 20, inkl. Porto

Ja, ich möchte den Klassenkampf abonnieren!

DM 20,- sind beigelegt!*

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____

Weitere Infos unter: 0221 - 510 17 96

Ausschneiden und schicken an: N. Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln

* Oder Betrag überweisen auf: Postgiroamt (PGA) Hannover, BLZ 250 100 30, Kto. Nr.1409 93-301
Vermerk: KK-Abo

Rosa Luxemburg

Revolutionärin in Theorie und Praxis

★ PETER FELLA

Am 15. Januar jährt sich zum 80. Mal der Todestag von Rosa Luxemburg. Der 'Klassenkampf' erinnert deshalb an das Leben und Wirken der bedeutendsten Revolutionärin der deutschen Arbeiterbewegung. In loser Folge werden in den nächsten Ausgaben weitere wichtige Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung vorgestellt.

Rosa Luxemburg hat bis heute noch eine so starke historische Autorität, daß die PDS sie für ihre bürgerlichen Interessen einspannen kann. Unter ihrem Namen organisiert diese PDS regelmäßig Demonstrationen.

Als im letzten Jahr die PDS und andere linke Gruppen zu einem Luxemburg-Lieb-knecht-Gedenkmarsch aufriefen, kamen trotz der massiven polizeilichen Einschüchterung im Vorfeld 80.000 Volkstümler. Wenn die Demonstranten auch zu großen Teilen alte Stalinisten waren und somit inhaltlich absolut gar nichts mit Rosa Luxemburg gemeinsam haben, so ist die Größe der Demonstration doch ein Zeichen dafür, daß das Leben der Arbeiterführerin unvergessen ist.

Doch was für ihr Leben gilt, gilt um so weniger für ihr Werk. Kaum jemand, der sich mit dem Namen Rosa Luxemburg schmückt, nimmt es mit ihren Worten so genau. Die staatskapitalistische DDR tat sich schwer mit der Herausgabe ihrer Schriften und ließ sie durch Stalins Kritik völlig entstellen. Auch die SED-

Nachfolgerin PDS, umgibt sich gerne mit dem Mythos der kämpferischen Rosa. Programmatisch hat diese Partei des "Demokratischen Sozialismus" aber mit den Ideen Luxemburgs nichts zu tun.

Der Grund dafür ist schnell gefunden: Ihre Gedanken sind auch 80 Jahre nach ihrem Tode Sprengstoff für die staatskapitalistischen Systeme und die reformistischen Parteien. Und wenn sie auch zu Lebzeiten kein Urteil zu ihren neuen "Freunden" abgeben konnte, so könnten ihre Worte kaum aktueller sein: **»Kein Sozialismus ohne Demokratie. Keine Demokratie ohne Sozialismus!«**

Wir wollen daher in unserer Darstellung das bewegte Leben der Rosa Luxemburg ein wenig in den Hintergrund stellen und dafür ihre wichtigsten Erkenntnisse für die sozialistische Bewegung vorstellen.

Über die Kindheit Rosa Luxemburgs ist wenig bekannt. Sie wurde am 5. März 1871 in Zamosc (Polen) als Tochter einer jüdischen Kaufmannsfamilie geboren und bekam von dort eine liberale Weltanschauung und eine für damals fortschrittliche Erziehung mitgegeben. Wahrscheinlich schon zu ihrer Schulzeit, spätestens aber im Jahre 1887 wirkte sie in der "Revolutionär-Sozialistischen Partei Proletariat" mit.

Um einer Verhaftung zu entgehen ging sie Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts nach Zürich, um Staatswissenschaften zu studieren. Daneben

wirkte sie in der dortigen Arbeiterbewegung und lernte die russischen Exilmarxisten kennen, unter ihnen Georg Plechanow und Leo Jogiches.

Spontaneität und Partei

Die für uns Marxisten heute wichtigste Lehre von Rosa Luxemburg ist ihre Spontaneitätstheorie. Sie zeigt auf, daß es ohne die Emanzipation der Massen kein Sozialismus geben wird und die Partei nur bei einer Verbindung mit ihr die Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit führen wird:

»Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.« ("Taktische Fragen")

Deshalb müssen die Massen selber lernen. Die Marxisten müssen sich also eine Gelassenheit aneignen, die der Basis Fehler einräumt, nur dann wird sie auch lernen können.

»Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten "Zentralkomitees".«



Soeben erschienen:

★
**RELIGION
 UND
 KLASSENKAMPF**

★
 Broschüre DM 2,-

Gesamtkatalog anfordern!

Klassiker von Marx, Engels, Lenin, Trotsky, Luxemburg u.a.
Tony Cliff - Staatskapitalismus in Rußland - DM 16,-
Duncan Hallas - Die KOMINTERN - DM 12,-
John Molyneux - Ist das Wesen des Menschen ein Hindernis für den Sozialismus? - DM 1,50
Norbert Nelte - Marxistische Wirtschaftstheorie leicht gemacht - DM 2,-
 ... und vieles mehr!
 Alle Texte auf CD-Rom erhältlich DM 6,-



Erhältlich bei: Norbert Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln

("Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie")

Ein Wort, das man den "Ultra-Luxemburgisten" von Spartacist oder BSA um die Ohren hauen möchte, denn sie wollen, ähnlich wie die Bordigisten, die Basis nur dann unterstützen (wie bei Solidarnosc oder den italienischen Arbeiterräte 1921), wenn diese auch die klare marxistische Theorie vertreten. Wie sie dahin kommen, bleibt ihre Sache.

Leider hatte Luxemburg die Rolle der Partei unterbewertet, was aus ihrer verständlichen Abwehr der allwissenden SPD-Bürokratie resultiert.

In der Betonung aber auf die Entwicklung der Massen hat sie uns heute für den Klassenkampf unendlich wertvolle Erkenntnisse hinterlassen.

Nationale Befreiung am Beispiel Polens

In den Jahren der Krise der sozialistischen Bewegung in Polen waren einige grundsätzliche theoretische Fragen aufgeworfen worden. Eine davon war die Frage nach der Unabhängigkeit Polens, das damals unter Rußland, Österreich und Preußen aufgeteilt war. Seit 1848 sprachen sich Marx und Engels für die Unabhängigkeit Polens aus, weil sie in Rußland den Hort der Reaktion sahen. Diese Frage war somit für viele Marxisten der damaligen Zeit beantwortet. Sie klammerten sich an die Gesetz gewordenen Worte ihrer Meister, obwohl sich die weltpolitische Landkarte seitdem wesentlich verändert und der Kapitalismus in Polen und Rußland Einzug gehalten hat.

Also entwickelte Rosa Luxemburg einige grundsätzlich neue Gedanken zu diesem Thema: Die polnische und russische Bourgeoisie seien nun untrennbar miteinander verfilzt, so daß die polnische bürgerliche Klasse als Trägerin der Unabhängigkeitsbewegung nicht mehr in Frage komme. Die polnische Arbeiterklasse aber, die als einzige diese Frage noch entscheiden konnte, hatte kein objektives Interesse an der Unabhängigkeit Polens. Ihre Interessen deckten sich vielmehr mit denen der russischen Arbeiterklasse: dem Sozialismus. Die Frage der Unabhängigkeit würde in einer sozialistischen Revolution nebenher gelöst. Die Forderung nach der Unabhängigkeit Polens war damit nach Luxemburg nicht mehr aktuell.

Wie Lenin richtig kritisierte, war es ein Fehler von Rosa Luxemburg die nationale Befreiung nicht als Teil des internationalen Klassenkampfes zu betrachten. Lenin fand

es verständlich, daß sie in Polen die Arbeiter hin zum Klassenkampf orientieren wollte und weg vom Nationalismus. Als Internationalist sah er aber, daß die nationale Befreiung Polens wichtig war, um die herrschende Klasse Rußlands zu schwächen.

Rosa Luxemburg war nicht klar, daß sie sich mit ihrer These zur Komplizin der herrschenden russischen Klasse machte.

Massenstreik

Mit einer Doktorarbeit über "Die industrielle Entwicklung Polens" schloß sie ihr Studium in Zürich ab und wirkte forthin in der deutschen Sozialdemokratie, wo sie in der sogenannten "Bernstein-Debatte" auf Seiten des linken Flügels die marxistischen Grundsätze gegen die Reformen aus der Parteispitze und dem Gewerkschaftsapparat verteidigte. Der Gegensatz zwischen den beiden Strömungen in der SPD zeigte sich 1905 beispielhaft an der Frage des Massenstreiks. In Rußland und Polen entbrannten heftige Kämpfe. Bauernaufstände, Massenstreiks und bewaffnete Erhebungen brachten das Zarenreich an den Rand des Zusammenbruchs. Rosa Luxemburg eilte nach Warschau, um vor Ort zu kämpfen und die Spontaneität der Massen zu studieren. Auch in Deutschland entfachte der Aufstand bald Begeisterung unter den Arbeitern.

Die Reformisten jedoch, an die Spitze der Partei gestellt, trieben die Bewegung nicht vorwärts, sie wurden vielmehr von der Bewegung getrieben. Wie ein empfindliches Barometer registrierten sie im Dezember 1905 sofort die rückläufige Entwicklung der russischen Revolution und bliesen zum Rückzug. Ihr Ziel war es gewesen, die SPD zu einer Massenpartei zu machen, soweit so gut, aber dabei gingen sie jedem ernsthaften Kampf aus dem Weg, um nicht das Wohlergehen der Partei und damit ihr eigenes zu gefährden. Längst hatten sie sich mit dem System arrangiert und überlegten sich Theorien für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus, ihr Kampffeld wurde das Parlament.

Der Massenstreik, den das russische Proletariat so meisterhaft bis zur revolutionären Erhebung trieb, wurde zum roten Tuch der Parteibürokraten. Seine Funktionsweise hatten sie sowieso nie verstanden. Für sie war der Massenstreik nichts weiter als ein waghalsiges Experiment, welches zwar laut Beschluß zur Verteidigung etwa des Wahlrechts *angeordnet* werden durfte, in der Praxis natürlich ein Tabu war.

All dies während Rosa Luxemburg noch im Warschauer Gefängnis saß und an ihren

eigenen Ansichten über die Lehren der Russischen Revolution arbeitete. Im Jahre 1906 veröffentlichte sie die Broschüre "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften". Darin identifiziert sie den Massenstreik als eine im wesentlichen spontane Periode des Klassenkampfes. Nicht die Partei oder die Gewerkschaften könnten einen Massenstreik von oben anordnen, sondern die Arbeiter griffen selbst zu diesem Mittel, um ihren Kampf für politische Ziele weiterzutreiben. Um die Spontaneität der Massen wissend und diese nutzend müsse die Partei sich an die Spitze des Kampfes stellen, um ihn über seine eigene Begrenztheit zur Revolution zu führen.

Das Ende des Kapitalismus

Von 1907 bis 1914 lehrte sie an der Parteischule in Berlin. Neben dieser Tätigkeit fand sie Zeit, um ihr Hauptwerk, "Die Akkumulation des Kapitals", zu verfassen. In ihm führt sie den Beweis, daß der Kapitalismus mit Notwendigkeit den Imperialismus hervorbringe mit seiner ganzen Konsequenz, dem Krieg. Darüber hinaus sind es aber dieselben Ursachen, die auch die Existenzbedingungen des Kapitalismus selbst untergraben. Der Kapitalismus geht an seinen eigenen, ihm immanenten Widersprüchen zugrunde.

Der Kerngedanke ist, vereinfacht dargestellt, folgender: Um der Konkurrenz durch die anderen Kapitalisten immer einen Schritt voraus zu sein, muß der einzelne Kapitalist dafür sorgen, daß er möglichst billig produzieren kann. Das erreicht er dadurch, daß er rationalisiert. Maschinenarbeit ersetzt die menschliche Arbeit, mehr Waren werden in weniger Zeit kostengünstiger hergestellt. Dieser gesamtgesellschaftliche Prozeß führt gleichzeitig zu immer mehr Arbeitslosen, die dann jedoch als Käufer der Waren entfallen. Der Kapitalist bekommt Probleme, seine Waren abzusetzen.

Den Ausweg aus diesem Dilemma sahen die Kapitalisten vor hundert Jahren darin, daß sie die immer gewaltigeren Warenmassen in den Kolonien und bei den noch nicht kapitalistisch produzierenden Bauern und Handwerkern absetzten. Da der Kapitalismus solchermaßen immer zur Expansion gezwungen ist, kann er nur überleben solange ihm diese "nicht kapitalisierten Räume" zur Verfügung stehen. Der Kapitalismus muß spätestens dann zugrunde gehen, wenn es für ihn keine Expansionsmöglichkeiten mehr gibt. Er tritt ein in ein Stadium des Siechtums, in

der »das Feuer der kapitalistischen Akkumulation erlischt«. Zweifellos ging aber auch Rosa Luxemburg davon aus, daß vor Erreichen dieser natürlichen Schranke des Kapitalismus, die Nationen im Kampf um die verbleibenden Kolonien sich in vernichtenden Kriegen gegenseitig aufreiben oder die Arbeiter international ein Gesellschaftssystem der planvollen Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen errichten. In ihren Worten: »Sozialismus oder Barbarei«.

Krieg und Revolution

Ihre Theorien bestätigten sich schon bald. Im August 1914 begann der erste Weltkrieg. Die SPD schloß einen Burgfrieden mit der Bourgeoisie und unterstützte im Parlament die Kriegskredite. Die zweite Internationale zerfiel. Nur wenige in der SPD traten gegen den Krieg auf. Rosa Luxemburg war eine von ihnen und ging dafür ins Gefängnis; ihre politische Arbeit führte sie trotzdem weiter. Zusammen mit Clara Zetkin, Karl Liebknecht und anderen Sozialisten gründete sie 1917 den Spartakusbund.

Der wohl größte Fehler, den sie machte, war, daß sie es versäumte, rechtzeitig eigene von der SPD getrennte Strukturen aufzubauen. Selbst der Spartakusbund hatte innerhalb der SPD nicht einmal Fraktionsstatus. Zu hoch waren ihre Erwartungen an die Massen, daß sie im Zeitpunkt der Revolution die reformistischen Führer innerhalb der Partei beiseite schieben würden. Zu groß auch die Angst, den Kontakt und den Einfluß auf die Massen zu verlieren.

Als im November 1918 die Revolution in Deutschland ausbrach, stand das Land ohne revolutionäre Partei da. Die reformistische SPD hatte keine Mühe, sich an die Spitze der revoltierenden Arbeiter und Soldaten zu setzen - und sie zu betrügen. Keine Organisation konnte es an Stärke und Verankerung in den Massen mit ihr aufnehmen. Erst im Augenblick der Konterrevolution verließ Luxemburg mit den ihren die SPD, um am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zu gründen. Ein verfrühter Aufstandsversuch in Berlin führte zur Verhaftung Luxemburgs und Liebknechts und weiterer tausender Arbeiter. Am 15. Januar wurde sie zusammen mit Karl Liebknecht von rechtsradikalen Freikorpsoffizieren ermordet.

Weiterführende Literatur:

Paul Frölich: Rosa Luxemburg - Gedanke und Tat
 Peter Nettl: Rosa Luxemburg
 Tony Cliff: Studie über Rosa Luxemburg (IS-Broschüre)

Wer waren die

In den 60er Jahren gab es in den USA immer öfter Polizeiübergriffe gegen Afroamerikaner, die sich in willkürlichen und ungerechtfertigten Verhaftungen äußerten, aber ebenso in Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzung und sogar Mord. In dieser Zeit wuchs der Haß und die Verbitterung der schwarzen Minderheit in den Vereinigten Staaten, und die Wut machte sich hin und wieder auf lokaler Ebene Luft in sogenannten Riots (Krawallen).

In diesem Klima entstand eine Gruppierung, die diese Wut aufgreifen, den Widerstand bewaffnen, disziplinieren und in die Schlacht führen sollte: die Black Panther Party for Self Defence. Die Black Panther Party wurde im Oktober 1966 von Huey P. Newton und Bobby Seale in Oakland, Kalifornien, gegründet. Im April 1967 stieß Eldridge Cleaver zu ihnen, der gerade eine neunjährige Gefängnisstrafe abgesessen hatte. Während dieser Zeit war er erst ein Black Muslim, bevor er mit radikalen Zirkeln für seine Artikel in der linksgerichteten Zeitung 'Ramparts' bekannt geworden war.

Selbstverteidigung war für die Schwarzen notwendig geworden, da für die Rassisten in Polizeiuniform weder ihr Recht auf freie Rede, noch ihre Recht auf körperliche Unversehrtheit etwas bedeutete. Man muß sich hier vor Augen halten, daß oftmals Schwarze grundlos zusammengeschlagen oder zu Tode geprügelt wurden, ohne daß je ein weißer Polizist dafür ernsthaft belangt worden wäre. Es gab zum Beispiel einen Fall, bei dem ein unbewaffneter Schwarzer, der noch nie eine Pistole besessen hatte, von einem Polizisten von hinten erschossen wurde und dieser dann eine Pistole neben den Toten legte und aussagte, er wäre bedroht wurde.

Das Schlüsselerlebnis für die Panther war sicherlich ihr erster "richtiger" Einsatz auf der Straße. Die Panther fuhren gerade Patrouille in ihrem Gebiet, als sie sahen, wie weiße Polizisten mal wieder grundlos einen jungen Farbigen verhaften wollten, den sie in seinem PKW angehalten hatten. Sie hielten daneben an, stiegen bewaffnet aus, bauten sich vor der Polizei auf und machten Gebrauch von zwei verfassungsmäßig legitimierten Rechten: dem Recht eines jeden kalifornischen Bürgers, Polizeieinsätze zu überwachen und dem Recht, Waffen zu tragen.

Welch ein Schock muß das für die Polizisten, die übrigens nur "pigs", also "Schweine" von den Panthers genannt wur-

den, gewesen sein.

Bewaffnete Schwarze waren die Alptraumvorstellung jedes "rechtschaffenen" Bürgers und vor allem die der Polizisten. Diese forderten die Panther auf, die Waffen niederzulegen und den Ort zu verlassen, aber die Panther beharrten auf ihre Rechte und blieben stehen. Die Polizei bekam kalte Füße und zog unter dem Applaus der anwesenden Passanten für die Panther ab. Dies war eine Initialzündung gewesen, Schwarze trauten sich jetzt, sich zu wehren. Dies ermutigte viele von ihnen, und die Panther bekamen Zulauf. Im Herbst 1968 sagten Tausende in Dutzenden Städten von sich, sie seien Panther und von der Zeitung der Panther wurden offiziell mehr als 100.000 Exemplare verkauft.

Panther und Gewalt

Betrachten wir hier kurz das Selbstverständnis der BPP zum Thema Gewalt und erneut die Situation, in der all das geschah. Die Panther haben sich selber als die Kinder von Malcom X gesehen, ja sogar als die Personifizierung seiner Träume. Zur Schwarzenunterdrückung und zur Gegenwehr hatte er gesagt: »Wir haben das Recht, all das zu unternehmen, was notwendig ist.« Und dabei schloß er, im Gegensatz zu Dr. Martin Luther King, Gewalt mit ein.

Die Panther schrieben am Anfang: »Unser Bruder Martin Luther King hat die Bedeutung von Gewaltfreiheit mit seinem Leben erschöpft. ... Aber wie ein Panther - der niemals aus sich heraus angreift - werden wir uns, wenn wir in die Ecke gedrängt werden, verteidigen.« Es ist also kein Zufall, daß die Panther kurz nach Kings Ermordung entstanden sind.

Die Gewalt der Panther war notwendig und legitim, denn die Gegner der BPP waren ja auch bewaffnet und zögerten nicht, mit Waffengewalt gegen sie vorzugehen, bzw. mit all den in ihrer Macht stehenden Möglichkeiten. Dr. Martin Luther King war ja nicht das einzige Opfer der Rassistengewalt.

Eine Partei wächst

Die BPP bekam also regen Zulauf, und als genauso wichtig wie die Bewaffnung der Leute wurde die theoretische Ausbildung betrachtet. Die Mitglieder sollten über ihre aktuelle Situation, ihre afrikanische Herkunft, das herrschende System und all das Bescheid wissen und andere Leute rekrutieren können.

Black Panther wirklich?

★ BERND WACHSMANN

Hierbei war man aber nicht so erfolgreich wie man dachte.

Die BPP betrieb im Laufe ihrer Existenz Armenspeisungen, Unterricht, Sozialfürsorge, sie vertrieb die Drogendealer aus den Schwarzenghettos und und und. Es gab Berechnungen, daß die BPP und ihre Initiativen mehr Unterrichtsstunden und Sozialfürsorge für schwarze Kinder anboten als der Staat selber.

Die Panther waren also nicht die schießwütigen, brutalen, kriminellen Subjekte, vor denen die Menschen in den Schwarzenvierteln zitterten. Sie wurden von der schwarzen Bevölkerung immer als welche von ihnen angesehen und sahen sich selbst so. Und genau deswegen bezeichnete der damalige FBI-Chef J. Edgar Hoover die BPP als die größte Gefährdung Amerikas innere Sicherheit und als den Staatsfeind Nummer 1! Eine damalige Umfrage hatte nämlich ergeben, daß 25% der schwarzen Bevölkerung großen Respekt für die Panther hatten. Bei den Schwarzen unter 21 waren es sogar 43 %.

Alle wichtigen Institutionen der USA bekämpften die Panther mit allen Mitteln, ob nun FBI, CIA oder "nur" die Polizei.

Die Panther und der Marxismus

Zumindest die Führung der BPP sah die Partei offiziell als eine marxistische-leninistische Gruppierung. Und sie kritisierte den Separatismus der anderen Schwarzen Gruppen. Sie stellten später in Verlautbarungen und Interviews klar, daß für sie nicht der weiße Mann der Feind ist, sondern das kapitalistische System. Sie solidarisierten sich auch mit dem vietnamesischen Volk bzw. allen Opfern des Imperialismus. Man muß die BPP also nicht nur als Schwarzenpartei begreifen, sondern sie hatte auch einen "sozialistischen" Anspruch.

Aber zuerst einmal waren die Panther nicht demokratisch-zentralistisch, sondern undemokratisch organisiert; die Führung entschied selber, wen sie in ihre Reihen aufnahm (oft genug eine Machtfrage) und bestimmte auch selbst ihren Vorsitzenden.

Elaine Brown blieb so auch in der gesamten Geschichte der Black Panthers die einzige Frau, die es überhaupt in ihre Führung geschafft hat.

Die BPP nannte sich zwar selber marxistisch-leninistisch, aber wie die meisten linken

Gruppen zu dieser Zeit war Mao bzw. der Maoismus für sie die große Inspiration, der nichts mit Marxismus zu tun hat, sondern die Theorie einer herrschenden Klasse war. Also das Gegenteil des Marxismus, der ein Instrument zur Selbstbefreiung der Arbeiterklasse ist.

Die Black Panther waren eine Nationale Befreiungsbewegung, die sich ähnlich, wie die heutige PKK, den Marxismus nur als rotes Deckmäntelchen überzog, um die Massen für sich zu begeistern.

So verkaufte die BPP vor allem am Anfang massenhaft die "rote Bibel" von Mao an die überwiegend weißen Studenten, um an Geld zu kommen.

Man sah zwar, daß schwarz und weiß vereint gegen den Kapitalismus kämpfen mußten, baute aber nicht auf die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt. Huey P. Newton hat einmal wörtlich gesagt, er baue auf das "Lumpenproletariat".

Ansonsten wurde die Basis der Panthers von den sogenannten "brothers of the block", den jungen, nur zeitweise arbeitenden Straßenleuten der Ghettos gebildet. Diese waren in Zeiten des Aufschwungs der Bewegung zwar fortschrittlich, aber beim Abschwung fielen sie schnell wieder in ihr altes Bewußtsein zurück.

Die Panther im Kampf

Als der Staat in den Ghettos brutaler gegen die Panther durchgriff, erwiesen sich die "brothers of the block" als wenig standfest. Drogen, Polizeieinsätze u.ä. ließen diese Leute schnell das Weite suchen. Hierbei zeigte sich dann auch das anfangs erwähnte Theorieproblem der Basis, welches größer war, als gedacht. Man bekannte sich zwar abstrakt zu einer zusammengewürfelten Theorie aus Marxismus genanntem Maoismus, Separatismus und diversen Befreiungs-ideologien, kümmerte sich aber nicht um ihre Verbreitung in der Basis. Sie konnte der Partei also schon mal keinen Zusammenhalt geben.

Zu den Spitzenzeiten des staatlichen Terrors marschierten die BPP-Führungskader reihenweise in die Gefängnisse oder wurden beim Kampf getötet. Und die Basis war weder gewöhnt, ihre Führer demokratisch zu wählen oder abzuwählen, noch selbst Theorie zu entwickeln oder sie gar an der Praxis zu testen.

Aber auch schon vorher gingen die Führer

der Panther in den Knast. Nach einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Polizei im Oktober 1967, bei der Newton verletzt und ein Polizist getötet wurde, ging Newton unter Mordanklage ins Gefängnis. Seale ging zweimal wegen geringfügiger Anklagen in Haft. Cleaver war zusammen mit dem 17jährigen Bobby Hutton ebenfalls in eine Schießerei mit der Polizei verwickelt, bei der Hutton getötet und Cleaver verletzt wurde.

Cleaver war in der Zeit, als Newton gegen seine Mordanklage kämpfte, die Aufgabe zugefallen, die Partei aufzubauen, nun ging er selber für zwei Monate in den Knast, weil er gegen seine Bewährungsauflagen verstoßen hatte.

Den Höhepunkt ihrer Popularität hatten die Panther in den späten Monaten 1968, als Tausende in den "Free Huey"-Kampagnen organisiert waren (Schwarze wie Weiße), die SNCC ihnen eine Zusammenarbeit anbot (was sie später rückgängig machte) und Cleavers in der Haft entstandenes Buch "Soul on Ice" in die Top-Ten der Bestseller kam.

Die SNCC war die größte Organisation der schwarzen Nationalisten, allein, daß sie einer kleinen lokalen Gruppe wie den Panthers überhaupt die Zusammenarbeit angeboten hatte, bedeutete für diese einen enormen Prestigeerfolg.

Zu dem oben Gesagten muß man erwähnen, daß Newtons Anwalt, Charles Garry, ein Weißer war, was von schwarzen Separatisten - auch innerhalb der BPP - kritisiert wurde. Newton erwiderte auf diese Angriffe, er sei stolz darauf, daß ihn ein Weißer verteidigen würde und froh, daß sie solche Bundesgenossen hatten.

Die Ideologie der Panther

Leider hatten die Panther alles andere als eine klare revolutionäre Theorie und sahen auch keinen Grund für sie. Sie kritisierten die Kommunistische Partei, gleichermaßen wie alle revolutionären Organisationen, als Trittbrettfahrer, Parasiten und Feinde und mixten sich eine Ideologie aus Franz Fanon, einem Gegner der französischen Kolonisation, der sagte, die Unterdrückten könnten sich selbst von den Unterdrückern befreien, Bakunin (Anarchist des 19ten Jahrhunderts), Mao, Malcolm X und Che Guevara. Cleavers persönlicher Favorit war im übrigen Josef Stalin, dessen Bild im Büro der Panthers hing.

Einerseits schrieben sie zwar davon, daß der Rassismus es dem Kapitalismus erlaubt, die Massen der Arbeiter zu spalten und brachen radikal mit den Kulturnationalisten, weil sie die Leute nicht für ihre Befreiung wappneten, sondern zu Rassisten machten, aber andererseits sahen sie die weißen linken Organisationen und Parteien immer nur als Hilfsmittel, um die Panther größer werden zu lassen, und nie als Partner für eine ernsthafte schwarz-weiße revolutionäre Organisation. So bekamen sie auch nie Zugang zu den Massen der nicht-schwarzen Arbeiter, nur die Zusammenarbeit mit den radikalisierten Studenten und Liberalen klappte.

Aber es gab über 20 Millionen Schwarze in den USA, viele sympathisierten mit den Panther, die sich selbst ja als revolutionäre Sozialisten sahen und dies erschreckte natürlich Hoover. Hatte er da jahrelang doch Millionen ausgegebene, um die studentische Linke auszuspionieren, zu spalten und zu unterwandern und alles zu brandmarken, was "links" war, und nun gab es eine in seinen Augen "sozialistische" Massenbewegung und die Gefahr eines schwarzen "Messias" der die Schwarzen vereinen und den Staat angreifen könnte.

Also ging der Staat zu einer neuen Taktik über, nämlich zu der, möglichst viele Führer der Panther zu töten. Dafür gibt es viele Beispiele, für die hier der Platz nicht reicht, denn es starben 20 Panther in 18 Monaten. Und sogar eine Kommission des US-Senats stellte in der Mitte der 70er fest, daß das FBI zu Gewalt gegriffen hatte. Außerdem hetzte man andere schwarze nationalistische Gruppen auf, sich mit den Panther anzulegen. In einem dieser Fälle benutzte eine Gruppe aus Los Angeles, die sich "US" nannte, die Informationen eines FBI-Agenten, um 4 Panther zu töten.

Der Niedergang

Und da die Panther es ja versäumt hatten, eine Massenbasis unter schwarzen und weißen Arbeitern zu bilden, reichte dieser Druck aus, um die Panther zu zerdrücken. Nachdem 1969 die Mitgliederlisten von den unzuverlässigsten Mitgliedern gesäubert wurden, blieben gerade mal 1-2 tausend Mitglieder übrig. Viele lokale Gruppen bestanden nur aus einigen Dutzend Leuten, die im Hauptquartier herumhingen und mit ihren Waffen spielten. Dafür und für das Schießtraining hatten die schwarzen Arbeiter weder Zeit noch Lust.

Immer mehr Gruppen nannten sich zwar noch Panther, aber benutzten ihre Waffen immer mehr nur noch für Verbrechen und Gangstertum. Dies hatte es zwar auch schon 1968 gegeben, aber da hatte die Führung es

noch ignorieren können, da die Panther dabei waren, von einer lokalen zu einer nationalen politischen Größe zu werden. Aber dies war jetzt genau andersherum, und man konnte nicht mehr weitermachen wie bisher.

Das letzte Aufbäumen

Nun gab es eine Wendung in Richtung "seriöser" Ideologie. Hatte man 1967 noch vom weißen Mann als Unterdrücker gesprochen, war es jetzt der Kapitalist, und es tauchten immer mehr Mao-Slogans in der Pantherzeitschrift auf. Sie wollten tiefere Wurzeln in der Gemeinde bekommen, also hieß es jetzt nach Mao: "Kümmert euch um die Leute". Im Zentrum dieser Kampagne stand das "Frühstück für die Kinder"-Programm, eine Art von Do-it-yourself-Sozialarbeit, mit der angeblich 10.000 Kinder erreicht wurden.

Und dann ging man auf die Suche nach weißen Verbündeten. Hatte man 1968 mit der California Peace and Freedom Party zusammengearbeitet, trennte man sich später von ihr, als Cleaver, der ihr Präsidentschaftskandidat geworden war, den Wahltag (election day) zum Erektionstag (erection day) umbenannt hatte. Dieser flüchtete im übrigen später ins Exil, um nicht wieder in den Knast zu müssen.

Dann suchte man Kontakt zu Jerry Rubin und den Yippies, und später beriefen die Panther eine "nationale Konferenz für eine vereinigte Front gegen Faschismus" ein und riefen alle "Antifaschisten" zur Teilnahme auf, egal ob Radikale, Demokraten oder Republikaner. Im Endeffekt endete es damit, daß einige Schwarze zu "Vorzeigefarbigem" in der Demokratischen Partei Amerikas wurden und so Schwarze, Studenten und andere ihre Hoffnung in diese Partei steckten, die nichts anderes darstellt, als die zweite Partei des amerikanischen Kapitalismus.

Generell konnte diese Vorgehensweise nicht funktionieren: Bin ich im bewaffneten Widerstand, muß ich in den Untergrund gehen und die radikalen Kräfte um Hilfe anfragen; will ich mich "um die Leute kümmern", muß ich die Waffen niederlegen und meine Kräfte in die politische Waagschale werfen. Die Panther schlingerten zwei Jahre lang zwischen diesen Alternativen, bis Newton 1970 freigelassen wurde und viele glaubten, jetzt würde alles wieder besser werden. Doch wie die Panther bald feststellen mußten, konnte oder wollte Newton dies nicht bewerkstelligen.

Das Ende

1971 brach die BPP in der Mitte entzwei. Cleaver, schon länger im Exil in Algerien, redete von einem Bündnis mit den

Weathermen (terroristischer Ableger der stalinistischen Studierenden), der Bildung einer nordamerikanischen Befreiungsfront. Aufgabe sollten bewaffnete Aktionen in den Bergen und politisch motivierte Attentate sein.

Newton, Seale und Hilliard begegneten solchen Reden sehr vorsichtig, vor allem nachdem Hilliard verhaftet wurde, als er in einer Rede Nixon mit dem Tod gedroht hatte. Januar 1971 warfen sie Elmar Pratt - auch bekannt als Geronimo - aus der Partei, weil dieser an bewaffneten Aktionen teilgenommen hatte.

Cleaver verteidigte Geronimo und flog ebenfalls raus. Die Parteiaktivisten wurden immer mehr demoralisiert, als jede Seite die andere der abscheulichsten Verbrechen bezichtigte: Die Führung beschuldigte Cleaver, seine Frau zu mißhandeln und in Algerien einen Panther getötet zu haben; Cleaver warf Newton vor, einen Bürokraten-Apparat im Untergrund aufzubauen; und die Panther in New York warfen Newton vor, im lokalen Büro einen Panther umgebracht zu haben.

Die Politik der Panther gewann weiter an Publicity - und Unterstützung in den Ghettos - im Jahre 1971 durch die konstruierte Anklage gegen die schwarze Kommunistin Angela Davis, die einen Panther versteckt haben soll, durch die Erschießung George Jacksons in San Quentin und das Massaker an schwarzen Gefangenen die im Attica-Gefängnis in New York revoltiert hatten.

Aber effektiv gesehen war dieser Bruch das Ende der Black Panther Party. Newton und Seale drifteten immer weiter ab in Richtung der Politik der Demokratischen Partei. Cleaver hingegen hatte nach einigen weiteren Jahren im Exil, in denen laut ihm seine "alten Freunde" "Kongreßmänner und Bürgermeister geworden waren, eine religiöse Erleuchtung, die es ihm ermöglichte, nach Hause zurückzukehren, Bewährung vom Gefängnis zu kriegen und eine Karriere als "Born-Again"-Prediger zu starten.

Die Black Panther Party war in der Lage, in der schnell anwachsenden Bewegung der Schwarzen gegen ihre Unterdrückung zu einem bedeutenden Faktor heranzuwachsen. Sie wirkte auch positiv auf die Bewegung zurück. Aber weil alle Arten von Theorie innerhalb der Organisation kursierten, war sie oft handlungsunfähig. Als die Bewegung in den Niedergang geriet, mußten die Panther ihr folgen. Die ideologischen Strittigkeiten rissen die Organisation förmlich auseinander. Anstatt der Bewegung eine Ausdrucksform zu verleihen, wurde sie - wie ein Spielball der Gezeiten - mitgerissen.



Veranstaltungen der IS

KÖLN

Jeden Mittwoch, 20.00 Uhr
Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429

6.1.1999 ★ Martin Walser und die Linke ★
Referat und Diskussion

13.1.1999 ★ Entwicklung des Kapitalismus ★
Referat und Diskussion

20.1.1999 ★ Einheitsfront statt Volksfront ★
Referat und Diskussion

Marxismustag im Januar Köln

Samstag, den 23.1.1999, 13.00 Uhr
Alte Feuerwache, Melchiorstr.

Themen:

- ★ Einführung in die marxistische Ökonomie ★
- ★ Asienkrise und die Veränderung der Märkte ★
- ★ Europa, der Euro und die Arbeiter ★
- ★ Sowie weitere interessante Themen

27.1.1999 ★ Arbeiterräte: Vom Streikkomitee
zum Machtzentrum ★ Referat und Diskussion

3.2.1999 ★ Wo sind sie geblieben? Die Linke
auf dem Weg nach Rechts ★ Referat und
Diskussion

10.2.1999 ★ Schröder kommt: Nützt die
Taschen zu! Die Kränkungen der neuen
Regierung ★ Referat und Diskussion

17.2.1999 ★ Ist Keynesianismus eine
Alternative zum krisenhaften System? ★
Referat und Diskussion

24.2.1999 ★ Das Atomprogramm der neuen
Regierung ★ Referat und Diskussion

UNI KÖLN

Diskussionen um aktuelle und theoretische
Fragen des Sozialismus an unserem Infostand:

★ Jeden Dienstag (im Semester) von 10.00 bis
11.00 Uhr im Foyer des Philosophikums an der
Uni Köln

BONN

Jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr
Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205, Bonn

14.1.1999 ★ Spanien 1936 - Revolution und
Konterrevolution ★ Referat und Diskussion

28.1.1999 ★ Ist das Wesen des Menschen ein
Hindernis für den Sozialismus? ★ Referat und
Diskussion

4.2.1999 ★ Ungarische Revolution 1956 ★
Referat und Diskussion

18.2.1999 ★ Entfremdung ★ Referat und
Diskussion

WUPPERTAL

Jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr
Die Borse, Wolkenburg 100

7.1.1999 ★ Kapitalismus und Krise
★ Referat und Diskussion

Marxismustag im Februar Wuppertal

Samstag, den 20.2.1999, 13.00 Uhr
'Die Börse', Wolkenburg 100

Thema: Revolutionäre Politik

- ★ Staatskapitalismus/Arbeiterstaat im Vergleich ★
- ★ Revolution in Deutschland noch möglich? ★
- ★ Die Kommunistische Internationale ★
- ★ Partei und Klasse ★

4.2.1999 ★ Ist der Marxismus noch aktuell? ★
Referat und Diskussion

18.2.1999 ★ Linke Nazis? ★ Referat und
Diskussion

MÜNSTER

Donnerstags, 20.00 Uhr
Baracke, Schamhorststr. 100

14.1.1999 ★ Staatskapitalismus ★ Referat und
Diskussion

11.2.1999 ★ Partei und Klasse ★ Referat und
Diskussion

BOCHUM

Donnerstags, 20.00 Uhr
Kulturzentrum Bahnhof Langendreer,
Wallbaumweg 108

28.1.1999 ★ Wie Marx zum Marxisten wurde
★ Referat und Diskussion

25.2.1999 ★ Revolutionäre Taktik: Volksfront /
Einheitsfront ★ Referat und Diskussion



Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung
der großen Masse der Bevölkerung, der
Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere
Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der
Arbeiter kann nur durch die unabhängige
Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht
werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich
verbessert oder schrittweise in seinem Wesen
verändert werden. Der Kapitalismus kann
nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden.
Die Arbeiterklasse kann die Parlamente,
die Armee, die Polizei und Justiz nicht über-
nehmen und für ihre Zwecke dienstbar
machen. Es gibt daher keinen parlamentari-
schen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution
ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf
der Basis von Arbeiterräten. Den verschie-
denen politischen Strömungen innerhalb der
Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu
organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische
Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der
Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und
besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozia-
lismus muß diese Unterdrückung aufgehoben
werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen
des Proletariats, besonders in den
Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser
Ziel ist es, die Massenorganisationen unter
die demokratische Kontrolle der Arbeiter-
basis zu stellen und sie so zu echten Kampf-
organisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist
der gemeinsame Kampf der Arbeiter der
verschiedenen Nationen. Wir sind gegen
jede Form des Rassismus und der imperiali-
stischen Unterdrückung. Wir sind gegen jede
Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß
eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht
isoliert in einem Lande überleben kann.
Rußland, China und Osteuropa sind und
waren keine sozialistischen, sondern staats-
kapitalistische Länder. Wir unterstützen die
Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die
herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind
Basis und Führung gleichermaßen wichtig,
ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt
werden. Es ist notwendig, die kämpferisch-
sten Teile der Arbeiterklasse in einer
revolutionären Partei zusammenzuschließen.
Der 'Klassenkampf' und die 'Linke Opposi-
tion' setzen es sich zum Ziel, auf den
Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken.
Wir fordern alle diejenigen auf, sich den
'Internationalen Sozialisten' anzuschließen,
die mit unseren politischen Grundsätzen
übereinstimmen und bereit sind, aktiv am
Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

Besucher auf allen Veranstaltungen willkommen!



Kostenlose
Klassenkampf
Leseprobe
unter

0221 - 510 17 96

Atomkraft - nein danke. *Aber Atombomben ...?*

★ CARSTEN SCHMIDT

Nun soll er kommen der Atomausstieg. Der Streit um die Atomkraft, der seit den 50er Jahren für zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen großen Teilen der Bevölkerung und der Regierung gesorgt hat, soll beigelegt werden. Aber haben die Herrschenden, nachdem sie die AKW-Gegner kriminalisiert und friedlichen Demonstranten mit Polizeiknüppeln die Köpfe haben einschlagen lassen, nun ein Einsehen in die Vernunft?

Viele Auseinandersetzungen um den Atomausstieg unter der neuen Regierung Schröder lassen einen daran zweifeln.

Der Bundesumweltminister Jürgen Trittin stellte auf dem Leipziger Parteitag der Grünen im Dezember einige Punkte seiner Gesetzes-Novelle zum Ausstieg vor. Vorgesehen waren:

- Streichung der staatlichen Förderungen für die Nukleartechnologie,
- höhere Haftungssummen,
- und eine Sicherheitsprüfung.

Diese Politik wäre vielleicht im Interesse der Wählermehrheit gewesen, aber der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen sieht es vor, ein Jahr lang mit den Vertretern der Atomindustrie über den Ausstieg zu verhandeln. So verurteilte der Kanzler Schröder das Vorpreschen von Trittin und schloß ihn kurzerhand von den Vorgesprächen mit den Vorstandschefs der vier bedeutendsten Atomkonzerne aus.

Der grüne Umweltminister versuchte noch, die Atomenergie-Kommission aufzulösen, weil sie nur mit Befürwortern der Kernspaltung besetzt ist. Er wollte auch kritische Stimmen in ihr unterbringen. Aber auch das vereitelte Schröder, indem er offen damit drohte, das Regierungsbündnis Rot/Grün aufzulösen. Allmählich muß man sich fragen, ob Schröder wirklich der "Aussteiger" ist, für den er sich ausgibt, oder der in der BRD ranghöchste Lobbyist und



Speichellecker der Atomindustrie.

Warum dieses Verhalten? Warum kuscht Trittin? Warum soll das letzte Atomkraftwerk erst in dreißig Jahren abgeschaltet werden?

Durch die Presse geistern die Einschätzungen von gekauften "Experten" und Meldungen, wie z.B., Deutschland könne seinen Energiebedarf ohne Atomstrom nicht decken. Die Medienmaschine läuft auf Hochtouren. Das - nach eigenem Bekunden - den »**Fakten, Fakten, Fakten**« - verpflichtete Hochglanz-Blättchen 'Focus' bringt Lügen, Lügen, Lügen. Es malt sich in Nr. 44/98 Horror-Szenarien aus, denen zufolge nur noch marode Tschernobyl-Reaktoren gebaut würden, wenn Deutschland aus der Atomenergie aussteigt und nicht mehr den internationalen Sicherheits-Standard vorgibt. Das ist allerdings lachhaft angesichts der kontaminierten Castor-Behälter, den Unfällen

bei ihrem Transport auf den Gleisen, den nicht abreißen Pannenserien in deutschen Atomkraftwerken und den zahlreichen Störfällen. Die Risiken der Kernenergie lassen sich nicht unter Kontrolle bringen - das ist alles, was die Geschichte vom Betrieb nuklearer Kraftwerke auch in Deutschland lehrt.

Aber warum versuchen die Befürworter von Kernenergie, sich an Skrupellosigkeit jeweils noch zu überbieten? Schließlich häufen sich die Krebsfälle in der Umgebung von atomaren Anlagen ohnehin, ein einziger ernster Zwischenfall könnte das Leben von Millionen Menschen kosten, die Umwelt auf Tausende von Jahren verstrahlen usw. usf.

Fortsetzung auf Seite 12
Fortsetzung von Rückseite